Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

H. W. L.
FEB 6 1935

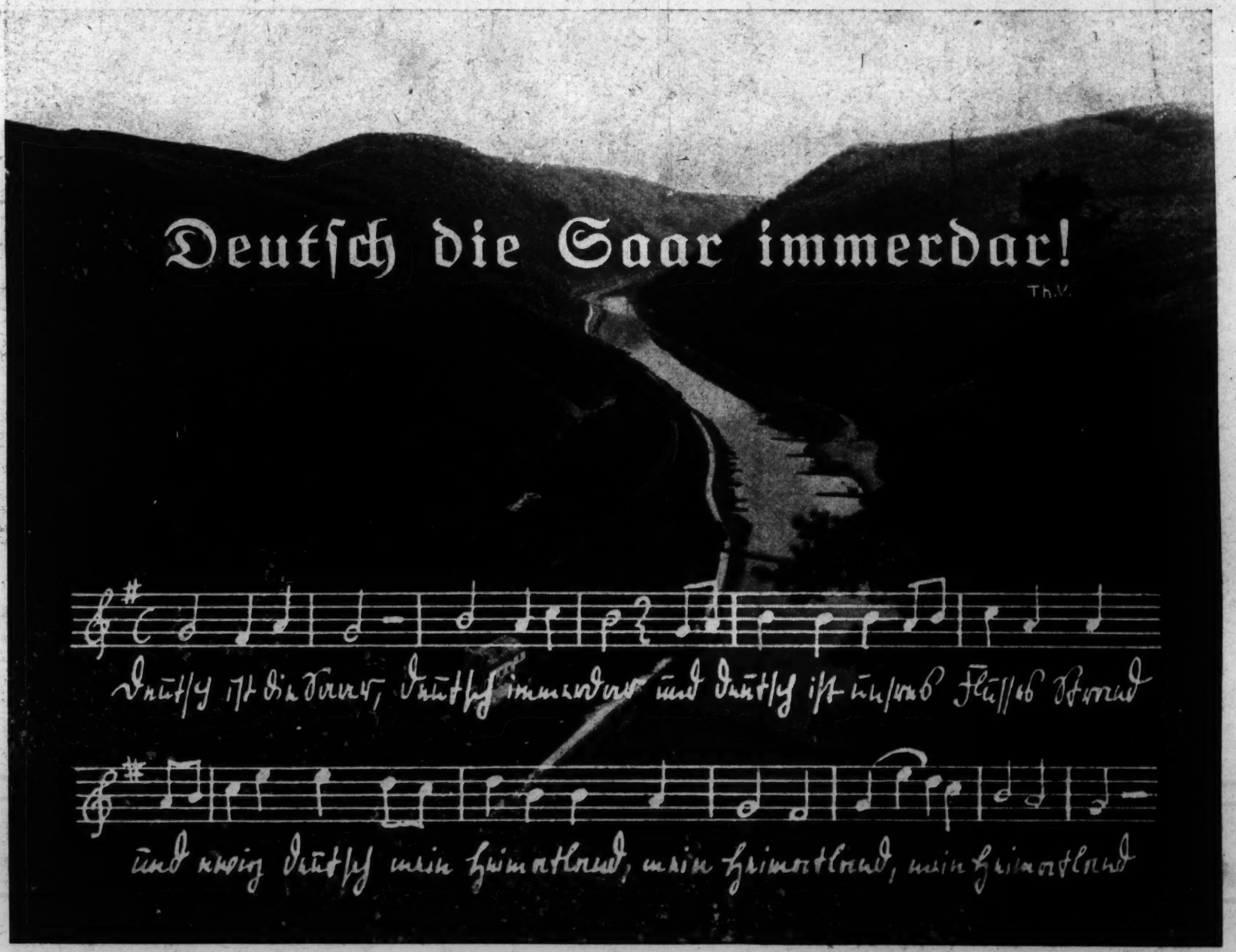
Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Sonderausgabe Nummer 3

für Abstimmungsberechtigte im Reiche



Ihr Himmel hört!
Ganz Saarvolk schwört:
Laßt uns es in den Himmel schrei'n,
Wir wollen niemals Knechte sein,
Wir wollen ewig Deutsche sein!

Zur Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935

Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Sonderausgabe Nummer 3

für Abstimmungsberechtigte im Reiche

Tritt gefaßt!

Von Richard Posselt

Die Abstimmungsfronten an der Saar sind aufmarschiert. Das Losungswort ist ausgegeben. „Die Saar will heim zu Deutschland!" so heißt es auf der einen, „Die Saar den Franzosen!" auf der anderen Seite. Der Annexionspolitik Frankreichs, wie sie in Versailles betrieben wurde, wird jetzt der Wille der Bevölkerung dieses Gebietes entgegengestellt. Der 13. Januar soll die Wahrheit über das Saargebiet bringen. Hat Clémenceau in Versailles mit Recht Ansprüche auf das Saargebiet erhoben? Besteht eine Adresse der 150 000 „Saarfranzosen" tatsächlich, oder haben die französischen Unterhändler mit gefälschten Dokumenten ihre Annexionspolitik stützen wollen? Darauf wird der 13. Januar eine eindeutige Antwort geben.

Das Saarvolk marschiert am 13. Januar gegen Clémenceaus „150 000 Saarfranzosen". Am 14. oder 15. Januar wird die Welt erfahren, was von diesen 150 000 übrig geblieben ist. Es liegt an uns, an jedem einzelnen Saarabstimmungsberechtigten, ob dieser deutsche Sieg vollkommen sein wird. Wir wollen uns durch nichts täuschen, durch nichts überraschen lassen. Wir kennen unsern Gegner und kennen seine Kampfmethoden. In dem Entscheidungskampf am 13. Januar geht es nicht gegen die von Separatisten, Marxisten und Kommunisten gebildete Status-quo-Front — denn die wird im ersten Anlauf mühelos überrannt —, es geht gegen die dunklen Mächte, die hinter dieser Front stehen. Mit dem Fall der Status-quo-Front fällt auch die wesentlich stärkere, die in Versailles aufmarschierte mit dem Ziel der Saarannexion durch Frankreich. Mit der Vernichtung der Status-quoler zerstören wir für alle Zeit die legendäre Front der 150 000 Saarfranzosen!

Darum gilt für jeden Abstimmungsberechtigten das Kommando „Tritt gefaßt!" Im sieghaften Sturmschritt haben wir nicht nur das Schemen des Separatismus zu vernichten, wir haben eine historische Wahrheit aufzurichten, damit wir nicht nur die Freiheit der Saar erkämpfen, sondern dieser Freiheit ein festes Fundament für alle Zeiten geben.

Die Abstimmungsberechtigten, die aus dem Reich, aus dem Ausland und selbst von Uebersee am 13. Januar in diesen historischen Entscheidungskampf einzugreifen berufen sind, stehen in der gleichen Front wie unsere Schwestern und Brüder an der Saar. Wir haben ihnen gegenüber ein Gelübde zu erfüllen, das wir ihnen gaben, als wir gezwungen oder freiwillig unsere Saarheimat verließen. Wir haben ihnen Treue geschworen. Diesen Schwur haben wir heute einzulösen. Wir haben aber auch ein zweites Gelübde zu erfüllen, das wir dem Vaterland gegenüber taten. In all den langen Jahren, da wir aktiv oder passiv im Kampf um deutsche Saarfreiheit standen, haben wir immer

Der Reichsaußenminister an die Saar:

Mit heißem Mitgefühl hat das gesamte deutsche Volk das Schicksal des Saargebiets während der letzten 15 Jahre innerlich mitgetragen, und wenn wir heute das deutsche Haus freudig schmücken für die Rückkehr der Saar, so ist uns zumute, als kehre ein lang vermißter, sehnsüchtig erwarteter Bruder als ein letzter Kriegsgefangener ins Vaterhaus zurück. Wir sind froh, einen Teil Deutschlands — und einen der besten — wieder bei uns zu sehen, wir sind aber auch stolz, daß er heimkehrt trotz aller lockenden Versuchungen und trotz aller Einflüsterungen, die ihn in seinem natürlichen völkischen Empfinden schwankend machen sollten. Aus dem Feuer der Prüfung ist an der Saar ein leuchtendes Bild deutscher Treue entstanden, das die Nachwelt in den Büchern deutscher Geschichte zu rühmen wissen wird. Wenn wir an den großen geschichtlichen Sinn des nunmehr zu Ende gehenden Saarkampfes denken, dann braucht der Tag der Wiedervereinigung kein Tag der Bitternis über das Erlebte und kein Tag des Rechtens gegen die Widerstände zu sein, an denen der deutsche Wille sich stählen mußte. Es soll ein Tag der Freude sein, an dem alles, was des deutschen Namens würdig ist, die Reihen noch enger und noch fester schließt, um furchtlos und treu wie sein Führer den neuen Aufgaben entgegenzutreten, die das Schicksal uns stellen wird.

Freiherr von Neurath.

wieder erklärt, daß es für uns keine schönere Pflicht geben könne, als am Befreiungswerk der Saar mitzuarbeiten. Das Vaterland, das ganze deutsche Volk bringt uns das uneingeschränkte Vertrauen entgegen, daß wir für einen deutschen Sieg an der Saar uns einsetzen werden. Wie sagte doch unser Führer und Kanzler Adolf Hitler am 26. August 1934 auf dem Ehrenbreitstein: „Leben Sie in der Ueberzeugung, daß hinter Ihnen der Wille der ganzen Nation steht! Weihen Sie sich diesem Kampf ausschließlich als Deutsche!"

Zu diesem doppelten Treuegelübde zu Saarheimat und deutschem Vaterland tritt noch ein drittes: Das Gelübde unseres Glaubens! In dem Aufruf der deutschen Bischöfe heißt es, daß wir als deutsche Christen verpflichtet sind, für die Größe, die Wohlfahrt und den Frieden unseres Vaterlandes uns einzusetzen. Schon in der heiligen Schrift steht das für jeden gläubigen Christen verbindliche Gebot: „Gebe dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist." Die Volksabstimmung am 13. Januar soll über die staatliche Zugehörigkeit des Saargebiets entscheiden. Wir wissen alle, daß das Saargebiet nach Sprache, Geschichte, Wirtschaft und Kultur deutsch ist, daß seine Bevölkerung unvermischten deutschen Stammes ist. Wir wissen weiter, daß das Land an der Saar während seiner über tausendjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich jetzt zum dritten Male das Ziel französischer Eroberung wurde. In den zwei vorausgegangenen Annexionsperioden hat die Bevölkerung des Landes sich durch ihre Treue zum deutschen Volkstum, durch ihr zähes Ringen um deutsche Freiheit immer wieder das deutsche Vaterland zurückerkämpft. Es ist Clémenceau in Versailles nicht gelungen, den Nachweis der Berechtigung eines französischen Annexionsanspruches zu erbringen. Seinen Angaben wurde nicht geglaubt, ihm aber durch die Kompromißlösung des Saarstatuts eine Frist von 15 Jahren gegeben, um den Beweis für seine Behauptungen beizubringen.

Deshalb hat der 13. Januar diese historische schicksalhafte Bedeutung für das Saargebiet. Die Bevölkerung soll selbst entscheiden, wie sie zu Frankreichs Annexionsanspruch steht. Rein äußerlich ist eine dreifache Lösungsmöglichkeit für die Saarfrage festgesetzt worden: Beibehaltung des jetzigen Völkerbundregimes (Status quo), Entscheidung für Frankreich oder für Deutschland. In dem jetzigen Entscheidungskampf tritt die Frage nach einem Anschluß des Saargebiets an Frankreich nicht in Erscheinung. Daraus folgert, daß Frankreich keinerlei Beweisunterlagen für seinen in Versailles erhobenen Annexionsanspruch beizubringen vermag. Es hat deshalb auf die glatte Saarannexion verzichtet. Es verzichtet aber nicht auf das Saargebiet. Dafür haben uns die Enthüllungen über die Finanzierung der separatistischen Bestrebungen an der Saar aus dem französischen Propagandafond eindeutige Beweise gebracht. Irreführung, Verleumdung, Terror sind die Waffen, die aus Mitteln der französischen Propangada gegen die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland geschmiedet wurden. Die giftigste all dieser Waffen aber ist der Verrat und der Betrug, wie er aus den veröffentlichten Dokumenten und Briefen zutage getreten ist.

Der 13. Januar soll diese ganze Gift- und Sudelküche ausräuchern. Dafür gibt es nur das eine zulässige Mittel: Deinen Stimmzettel. Diesen Stimmzettel fürchten die Feinde des Saardeutschtums mehr als alles andere. Sie wissen, daß jede deutsche Stimme Ewigkeitswert für das deutsche Saarschicksal besitzt. Gegen die Beweiskraft dieses Stimmzettels vermag kein noch so raffiniert ausgeklügeltes Argument anzukämpfen; denn Volkes Stimme ist Gottes Stimme.

Man weiß auf seiten der separatistischen Front, daß der 13. Januar für sie ein Gottesgericht sein wird, und gerade für die, die den Namen Gottes in ihrem schmutzigen Kampf Monate hindurch mißbraucht haben. Es gibt nichts Elenderes auf der Welt, als wenn ein Mensch sein Vaterland verrät, es gibt aber auch nichts Verdammungswürdigeres, als wenn jemand das Christuskreuz zur Verdeckung dieses Vaterlandsverrats mißbraucht. Wenn Frankreich für solche Kampfesweise ungeheure Geldsummen zur Verfügung stellt, so ist das eine Angelegenheit, die es mit sich selbst und seinem politischen Anstandsgefühl ausmachen muß. Wenn es aber deutsche Menschen gibt, die diese Gelder annehmen, sie zum großen Teil für sich verwenden und den betörten Massen den Status-quo-Separatismus als „deutsche Lösung" mit Zeitzündung hinstellen, obwohl sie wissen, daß nach dem Status quo nur noch die französische Annexion kommen kann, dann gibt es kein Urteil, das scharf genug solches Verhalten verdammen könnte.

Hätte Frankreich irgendein Interesse an einem saarländischen Miniaturstaat, der politisch ein dauernder Unruhestaat und wirtschaftlich ein Sorgenkind Europas sein müßte? Für diesen Status-quo-Staat würde Frankreich nicht einen Cent ausgeben, wenn es nicht wüßte, daß dieses unhaltbare Gebilde in absehbarer Zeit von Frankreich eingesteckt werden würde. Denn niemand in der Welt glaubt daran, daß eine Status-quo-Lösung eine Dauerlösung für die Saarfrage sein würde.

Wir sind überzeugt, daß die Enthüllungen über die für den Status-quo-Separatismus gezahlten französischen Propagandagelder noch ein Nachspiel haben werden, das sich hinter verschlossenen Türen gewisser französischer Ministerien abspielen wird. Man wird darüber in der Oeffentlichkeit nichts vernehmen. Tatsache ist aber, daß der verantwortliche Minister der französischen Außenpolitik, Laval, unzweideutig erklärt hat, daß er sich dem Willen der Bevölkerung an der Saar über ihre künftige Zugehörigkeit beugen wird. Diese Erklärung hat er im Namen des französischen Volkes ausgesprochen, und er hat damit in weitesten Kreisen, vor allem der französischen Frontkämpfer, ehrliche Zustimmung gefunden. Die französischen Propagandagelder wurden also von einer Seite gezahlt, die einer deutsch-französischen Verständigung entgegenarbeitet. Es ist längst kein Geheimnis, daß diese Kreise in einem Teil der französischen Wirtschaft, vor allem in der französischen Rüstungsindustrie sitzen. Ihnen könnte es nur recht sein, wenn die deutsch-französischen Beziehungen sich wieder zuspitzen, es würde ihnen noch lieber sein, wenn sie zu einem Kriege geführt hätten; denn dann blüht ihr blutiges Geschäft.

Am 13. Januar wird man erfahren, wie stark der „pazifistische" Separatismus an der Saar ist, dessen letztes Ziel die Unterstützung dieses Blutgeschäftes sein muß. Matz Braun, Waltz, Hoffmann, die Verfechter des marxistischen und „christlichen" Pazifismus, sind also in Wahrheit die hochbezahlten Agenten der französischen Kriegspolitik.

Daran soll jeder Abstimmungsberechtigte denken, wenn er am 13. Januar seine Stimme in die Wahlurne legt. Von dieser Stimme hängt es ab, ob das Saargebiet der Grundstein einer deutsch-französischen Verständigung oder der Anlaß zu neuen deutsch-französischen Auseinandersetzungen sein wird. Wer den Krieg in seiner wirklichen Gestalt mit Blut und Tod, mit allen seinen Sorgen um Heimat und Familie kennen gelernt hat, der weiß, daß er sein Kreuz auf dem Abstimmungszettel in den Kreis zu setzen hat, der die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland verbürgt. Denn eine Gewaltlösung, wie sie von den Kreisen um Braun, Hoffmann und dem Moskowiter Waltz propagiert wird, würde aus dem Saargebiet ein zweites Memelgebiet, jedoch mit verzehnfachter Gefahr für den europäischen Frieden, machen.

Der Vormarsch zur Befreiung des Saargebiets hat begonnen. Du stehst in der Front der Kämpfer, die im festen Tritt ihr Ziel vor Augen haben. Du weißt, daß es auf deinen tatbereiten Einsatz ankommt. Du kennst den Gegner, kennst seine heimtückische Kampfmethode. Dich bindet dein dreifaches Treuegelübde, du fühlst dich verbunden mit Heimat und Vaterland. Du hast eine Treueschuld abzutragen und eine Dankespflicht zu erfüllen. Das Saargebiet soll nicht nur durch deine Stimme frei werden und zum Vaterland zurückkehren, es soll mit deiner Hilfe die Brücke zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich werden. Was das Saargebiet in fünfzehnjährigem Abwehrkampf an Opfern gebracht hat, hat es für dich, hat es für Deutschland gebracht. Du bist dem Saarvolk ein Gegenopfer schuldig.

Denke daran! Die Augen der ganzen Welt sind am 13. Januar auf die Saar gerichtet. Nicht nur auf die

Saar, auf dich, auf dein Handeln, auf die Einlösung deiner Gelübde! Wer wollte da sein Bekenntnis zum Deutschtum und zur deutschen Saarheimat nicht mit Stolz und innerer Freudigkeit zur Auswertung kommen lassen? Wer wollte nicht in dem stolzen Bewußtsein des deutschen Rechts dazu beitragen, daß alle Saarannexionsgelüste, aller Status-quo-Separatismus und alles Moskowiter- und Emigrantentum an der Saar ein für allemal beseitigt werden? Denn mit dem eindeutigen Deutschbekenntnis des Saargebiets wird ein Gefahrenherd Europas beseitigt, der fünfzehn Jahre lang den europäischen Frieden belastet und bedroht hat.

Trittgefaßt! Die Stunde der Entscheidung ist da. Ist uns auch das Entrollen unserer Siegesfahnen am Abstimmungstag verboten, unsere glaubensstarke Zuversicht an den Sieg des Rechts und der Wahrheit kann uns niemand nehmen, den Jubel über unsern Sieg, unsere froh bewegten Herzen kann uns niemand verbieten. Und nach dem 13. Januar wird in Kürze jener Tag folgen, wo das ganze Saargebiet das Sieges- und Freiheitsbanner aufzieht, um den Tag zu feiern, an dem es heißt:

Vaterland, wir kehren heim!

Saarländer! Auch wir haben abgestimmt

Ruf eines Ostpreußen

Jahre sind es her, seitdem uns Ostpreußen die Entscheidung über unser Schicksal in die Hände gelegt worden, seitdem wir entscheiden durften, ob wir Deutsche bleiben wollten oder nicht. Wir haben den Tag ruhmreich überstanden und damit ein Denkmal der Ehre in die Weltpolitik hineingebaut. Wir bekannten uns vor aller Welt als Deutsche.

Saarländer, jetzt rückt der Tag heran, an dem ihr sprechen sollt. Ein Tag, der nie wiederkehrt, der euch nie wieder die Gelegenheit gibt, einen etwaigen Irrtum zu ändern, sondern der euch immer und überall zwingen wird, diesen Irrtum zu tragen und alle Folgen darauf auf euch zu nehmen. Das waren die gleichen Gesichtspunkte, die uns bestimmten, die richtige Entscheidung zu treffen, und diese Gesichtspunkte sollen auch euch bestimmen.

Eigentlich wäre kein Wort zu dieser Frage zu sagen, denn die einzige Antwort, die möglich ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Welches waren nun die Motive, die uns Ostpreußen auf den einzig richtigen Weg wiesen? Nicht Phrasen, sondern logische Folgerungen waren es. Einmal waren wir uns klar darüber, daß unsere Entscheidung nicht lediglich einige Monate oder Tage Gültigkeit behielt, sondern immer, für Kinder und Kindeskinder. Also habt auch ihr nicht nur für euch selbst eueren Entschluß zu verantworten, sondern auch den nach euch kommenden Geschlechtern, eueren Kindern und Kindeskindern.

Saarländer, bedenkt aber noch eins: Wir hatten damals unter weit schlechteren und unklareren Verhältnissen unseren Entschluß zu fassen, als ihr heute. Betrachten wir die politische und wirtschaftliche Seite von damals, so müssen wir feststellen, daß uns jede klare Linie und Führung fehlte. Heute sprachen zu uns die Spartakisten, morgen die Sozialdemokraten, übermorgen Zentrum und wer weiß, wie sie alle hießen. Jeder wollte recht haben und der Richtige sein, und bei keinem von ihnen wußten wir, ob er überhaupt dazu kommen würde, uns zu führen und ob er das Zeug dazu in sich hatte. Jedenfalls wußte niemand von diesen Rednern selbst, wie sich der Weg politisch für uns Deutsche überhaupt gestalten würde. Niemand von ihnen hatte eine genügende Erfahrung unter den durch den Krieg so sehr veränderten Verhältnissen. So standen wir politisch ohne Führung und Klarheit vor einem großen Nichts. Betrachten wir die wirtschaftliche Seite von damals, so hatten wir einen eben verlorenen Krieg mit völlig zerrütteter Wirtschaft und den Tributlasten von Versailles. Unsere Verteidigungsmöglichkeit war lahmgelegt. Zerschossene Häuser sahen uns wie Gespenster an und redeten noch die Sprache des Krieges. So lebten gerade wir in einem politisch und wirtschaftlich primitiven Zustand. Dazu durch den Korridor vom Mutterlande getrennt, abgeschnitten von unserem Deutschland. So standen wir auch hier vor einem Nichts.

Trotz diesem zweifachen Nichts richtete sich in uns der Stolz und der Trotz auf, der uns einprägte: Hier, gerade hier auf diesen Trümmern muß die Gemeinschaft der Deutschen gebaut werden. Mag kommen was will. Wir sind Deutsche und bleiben es. Aus diesem Nichts stieß die Kraft hervor, die in alle Lande hinausschrie: „Wir bleiben deutsch!" Nur durch unser Bekenntnis zum Deutschtum konnte dieses unser Erbe und erworbenes Recht unumstritten und unangetastet bleiben. Das wußten wir.

Und übertragen wir diese Frage auf die Abstimmung im Saargebiet, so müssen wir feststellen, daß das, was für uns bei so unsicheren und unklaren Verhältnissen eine Selbstverständlichkeit war, für das Saargebiet jetzt bei geschaffener Ordnung und Klarheit im Deutschen Reich durch Männer, die ihr Können unter Beweis gestellt haben, erst recht eine Selbstverständlichkeit sein muß. Wir haben heute in Deutschland eine Regierung, die uns klar und sicher den Weg führt, den wir brauchen. Auf diesem Wege können wir unserem Führer und den Männern, die er sich zu seinen Ratgebern erwählt, folgen. Wir in Ostpreußen kämpften damals für unseren Anschluß an unser Vaterland im Zeichen einer inneren Zerrissenheit, des Klassenkampfes und größten Unsicherheit in Fragen unseres kommenden Schicksals. Wir hatten nicht die einheitliche Führung und deshalb rufe ich euch Saarländern zu:

Macht es den Ostpreußen nach!

Wir hatten in unserer Heimatstadt bei etwa 15 000 Einwohnern nur 2 (zwei) Stimmen, die sich gegen den Anschluß an Deutschland aussprachen. Alle anderen Stimmen waren für den Anschluß an Deutschland. Macht es nach! Vergeßt nicht, daß ihr damit für eueren Grund und Boden und euer ererbtes und verdientes Recht auf diesen Boden kämpft, denn ihr habt die Gewißheit, daß dieses Erbe und Anrecht euch bleibt, solange euer Grund und Boden innerhalb der deutschen Grenzen liegt. Wer gibt euch aber diese Sicherheit, wenn ihr Neulinge in einem fremden Staat sein werdet? Wird der neue, euch fremde Staat nicht alsbald daran gehen, das Deutschtum bei euch auszurotten, euch euere Sprache und Gewohnheiten und euer Recht zu nehmen? Denkt an das Memelland! Der neue euch fremde Staat wird sehr bald damit beginnen, euch reichlich mit seinen Landsleuten zu durchsetzen, sogar sehr reichlich, um seinen Einfluß durchzusetzen. Diesen seinen Leuten wird er die besten Plätze euerer Heimat und eueres Landes geben und was wird aus euch? Aus euch, denen die Heimat geraubt ist! Wen von euch trifft dieser Schlag und wo werdet ihr landen, um euch wieder mühsam eine neue Grundlage zu schaffen? Vielleicht gelingt es euch nach mühsamer Arbeit, unter fremden Menschen mit fremden Gewohnheiten etwas Leidliches zu erreichen. Vielleicht auch nicht. Die besten Plätze wird man euch in Frankreich bestimmt nicht geben. Auf denen sitzen andere, langjährige Franzosen. Blickt nach Elsaß-Lothringen, ihr werdet mit dem Schicksal vorlieb nehmen müssen, das man euch zuweist. Durch eine Erklärung für Frankreich (Status quo ist nur eine Umschreibung) ladet ihr dieses Schicksal auf euch. Eure Rohstoffe und Werke, die euch Lohn und Brot geben, und euer Grund und Boden, den ihr gehegt und gepflegt habt, eure Gärten werden nicht euer sein. Andere als ihr, die ihr alles geschaffen habt, werden die Früchte ernten. Sie werden entscheiden und nicht ihr, was aus euch und den von euch geschaffenen Werken, Gärten und mehr wird.

Die Fremden werden die Herren, ihr aber deren Knechte sein! Durch eine Erklärung für euer altes Deutschland aber bewahrt ihr euch das Recht auf euren Boden und eure Existenz, eure Sprache und eure Gebräuche und Sitten. Dieses ist eine Frage, die jeder einsehen muß, bevor er zur Wahlurne geht und über sein künftiges Los entscheidet.

Der neue deutsche Staat ist der erste, der gegen Arbeitslosigkeit, Klassenhaß und für das Wohl des gesamten Volkes mit Erfolg kämpft. Millionen Deutsche, die nach langer Arbeitslosigkeit durch den neuen Staat in Lohn und Brot gebracht wurden, sind der lebende Beweis für das Können und die Erfolge unseres neuen Staates. Die kurze Arbeitszeit unserer Regierung hat es bewiesen, daß trotz der größten uns von verschiedenen ausländischen Gruppen und Grüppchen bereiteten Schwierigkeiten nicht durch Worte, sondern durch Taten dem Volke geholfen werden kann und geholfen wurde. So haben unsere Führer bewiesen, daß sie das können, was sie versprochen haben, und das ist entscheidend für euch und den Weg Deutschlands, dem ihr angehört.

Saarländer! Es geht für uns nicht um das Saargebiet, sondern um dich und dein Schicksal. Für den Franzosen aber geht es nur um das Saargebiet. Ihm bist du und dein Schicksal nebensächlich. Der Franzose braucht nicht die Menschen aus dem Saargebiet. Er hat in seinen Kolonien genug Menschenmaterial. Er braucht nur das Saargebiet.

Gebt am Tage der Abstimmung daher, wie auch wir es taten, eine unzweideutige Antwort: „Wir wollen zur Gemeinschaft der Deutschen, und deshalb führen wir das Saargebiet wieder dem deutschen Vaterland zu!"

Deshalb ihr Saarländer, macht es uns Ostpreußen nach!

Am 13. Januar an der Saar:

Ein Journalist stimmt zum zweiten Male für Deutschland

Der Versailler Vertrag gab ihm zwei Stimmen: eine für das oberschlesische Plebiszit, die andere für das Saargebiet

Als junges Bürschchen, gerade mit dem ersten Flaum unter der Nase, kam ich im Kriege, Anfang 1918, aus Oberschlesien nach Saarbrücken in die Schriftleitung der damaligen „Saarpost", der heutigen „Saarbrücker Landeszeitung". Fünfzehnmal hatte ich mich den Stabsärzten zur Untersuchung über meine Militärtauglichkeit stellen müssen; sie wollten mich für den Krieg nicht haben. Etwas wollte ich aber doch von ihm sehen und hören. Also fuhr ich nach Saarbrücken.

Mit die schönste Zeit meines beruflichen Lebens verlebte ich an der Saar. Das herrliche Land gefiel mir. Die Saarbrücker Mädchen hatte ich gern. Sie mich auch. Zu erleben gab es allerhand. Nächtlicherweise, oft gerade zu der Zeit, wenn ich zur Redaktion pilgerte, um das obligate „Berliner Gespräch" abzunehmen, oder wenn ich nach der Arbeit heimging, surrten die feindlichen Flieger über dem Saartal, die Hölle schien losgelassen. Der Waffenstillstand kam, die Revolution brach herein. Deutsche Soldaten zogen in endloser Reihe tagelang, umjubelt von der Bevölkerung, von der Front durch die Stadt. Die Franzosen folgten nach, hielten ihren Einzug. Sie machten uns mit aufgepflanztem Bajonett Besuch in der Zeitung. Hauptmann Fouché, Professor der Pariser Sorbonne, Pressezensor in Saarbrücken, zwiebelte uns nach bestem Vermögen. Meine bisher ausgezeichnet funktionierende Verbindung zu Muttern in O.-S., der weitabliegenden Basis meiner zusätzlichen Lebensmittelversorgung, wurde durch die Rheinbrückensperrung unterbrochen. Mein Weihnachtspaket kam im März an. Ich hungerte, soviel ich vermochte. Dann stellte ich mich kurzentschlossen über Forbach auf eigne Füße. Ich nahm, woher ich bekam. Ach, es gäbe noch mancherlei zu erzählen ...

Im Oktober 1919 schlug für mich die Abschiedsstunde. Die Heimat rief. O.-S. war in Not. Dort begann Deutschlands Kampf um das „Land unterm Kreuz". Ich war mit dabei.

Das schöne Saarland blieb zurück. „Auch O.-S. ist schön!" lautet ein Werbeplakat, das Fremde über Breslau hinaus nach Oberschlesien locken soll. Aber O.-S. hält den Vergleich mit dem Saarland, landschaftlich gesehen, nicht aus. Eichendorff dichtete zwar begeistert „O Täler weit o Höhen ..." und „Wer hat dich du schöner Wald ..." und besingt damit oberschlesische landschaftliche Reize. Aber wäre Eichendorff Saarländer und nicht Oberschlesier gewesen, er hätte noch schönere Worte für seine Lieder gefunden.

Oberschlesien war damals noch frei von interalliierter Besatzung. Als sie später hereinbrach, die „Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" des Generals Le Rond, hatte ich schon Erfahrungen. Der Rummel ging los. Es gab schwersten Kampf. Oberschlesiens Schicksalswende nahm ihren Anfang. Nicht nur in den deutschen und polnischen Zeitungen wurde gröbstes Geschütz aufgefahren, auch im alltäglichen Leben herrschte trotz interalliierter Besatzung das Recht der Faust. Revolver und Handgranaten lagen in Oberschlesien sozusagen massenhaft auf der Straße. Wer nicht für ganz gefährlich gehalten wurde, durfte wenigstens in irgend einer dunklen Ecke der Entkleidungskommission seine Habseligkeiten abliefern und konnte zusehen, wie er nackt nach Hause kam.

Der Friedensvertrag gab jedem Oberschlesier von Geburt das Recht, im Plebiszit seine Stimme für Deutschland oder für Polen abzugeben.

Jede Stimme für Deutschland! Darum kämpften wir mit jeder Faser unseres Herzens, jeden Tag, in jeder Zeitungsnummer. Wenn man jetzt den Kampf an der Saar verfolgt, muß man vergleichend zu dem Ergebnis kommen, der Kampf in Oberschlesien war wilder, grausamer. In Oberschlesien stand dafür auch Wojciech Korfanty auf der Gegenseite und nicht Matz Braun. Und hinter Korfanty standen nicht nur eine Handvoll Emigranten, sondern viele Tausend Oberschlesier, denen Korfanty in jahrzehntelanger Hetz- und Wühlarbeit neben der bekannten Kuh die Heimführung in das neuerstandene polnische Vaterland versprochen hatte. Deutsche Herzen kämpften gegen polnisch fühlende Herzen mit einer geradezu fanatischen Verbissenheit.

Auch in Oberschlesien tauchte der Gedanke eines eigenen Staates auf. Aber niemand konnte sich dafür begeistern. Deutsch oder polnisch hieß die Losung. Sie kann auch jetzt im Saargebiet nur heißen: Deutsch oder französisch. Und da sollte die Entscheidung für das Volk sehr leicht sein, zumal wohl kaum ein Saarländer lebt, der französisch als seine Muttersprache spricht.

Schöner Vorfrühling 1921 ... Die Oberschlesier aus aller Welt kamen heim. Sonderzug auf Sonderzug mit Abstimmungsberechtigten fuhr in die Bahnhöfe. Es war ein Jubel ohnegleichen. Ueberall wehten Fahnen, grüßten Girlanden. Es war so, wie es in diesen Tagen im Saarland sein würde, wenn es kein Flaggen- und Empfangsverbot gäbe. Hochstimmung, wie man sie nur selten im Leben erlebt. 1 200 000 Oberschlesier schritten am 20. März 1921 zur Wahlurne. 750 000 deutsche Stimmen standen 450 000 polnischen gegenüber. Ein glänzender Sieg für Deutschland nach erbittertem, oft blutigem Kampfe, in dem alle menschlichen Leidenschaften bis in tiefste aufgewühlt worden waren. Aber Oberschlesien war deutsch, blieb deutsch, — so hofften und jubelten wir.

Die Antwort Korfantys darauf war die Proklamation des Aufstandes. Die interalliierten Soldaten standen Gewehr bei Fuß. Blutiger Kampf entbrannte. Deutsche Jugend aus allen Gauen Deutschlands befreite Oberschlesien aus seiner Not.

Oberschlesien hatte eindeutig gesprochen, wohin es gehörte: zu Deutschland. Niederträchtiges Ränkespiel der Diplomaten teilte das Land. Mitten durch das Herz Oberschlesiens läuft heute die Grenze: Zerriß das Land, zerriß die Wirtschaft, zerriß die Kultur, zerriß das Volk. Unabsehbare Schäden sind dadurch entstanden. Man sieht sie jeden Tag, überall wohin man blickt, noch heute nach 14 Jahren. Man wird ihnen begegnen noch nach 50, nach 100 Jahren.

Die Jahre vergingen. Wann dachte ich je noch an die Saar? Das Schicksal meiner Heimat nahm meine Arbeit, mein Denken in Anspruch. Da kam der Tag, als der Aufruf erging an alle, denen der Versailler Vertrag das Recht gegeben hat, mitzubestimmen über das künftige Schicksal des schönen Saarlandes. „Wer am 19. Juni 1919 im Saargebiet seinen festen Wohnsitz hatte...“ Mein Herzschlag stockte. Tausendfach habe ich seitdem mein Schicksal gepriesen, das mich damals nach Saarbrücken geführt hatte. Stolz erfüllte mich, daß ich zum zweiten Male eine Stimme besitze, die ich für deutsches Land, für Deutschland in die Waagschale werfen darf.

Ich habe einmal das Saarland erlebt, habe das Volk kennengelernt, habe mit ihm gearbeitet: Ich weiß, die Saar ist deutsch, das Volk ist deutsch, die Kultur ist deutsch, die Wirtschaft ist deutsch, alles ist urdeutsch an der Saar. Deshalb muß auch alles deutsch bleiben.

Zu schlimm sind die Erfahrungen, die ich im letzten Jahrzehnt in meiner oberschlesischen Heimat an den unglücklichen Schicksalen, der Not und der Verbitterung vieler tausend Oberschlesier machen mußte, die die Grenzziehung von ihrem deutschen Vaterland, von ihren Stammesbrüdern getrennt hat.

Darf sich Gleiches im Saargebiet wiederholen? Warum sollten nach Meinung gewisser Kreise die Saarländer jetzt nicht nach Deutschland zurückkehren? Etwa weil Deutschland das Dritte Reich geworden ist? Niemand in Oberschlesien hat beim Plebiszit Anstoß daran genommen, daß Deutschland damals eine demokratische Republik war, ein Land, das sich in schwerer wirtschaftlicher Not befand, dessen Wirtschaft zerrüttet war, das mit ungeheuren Kriegsschulden belastet war und mit Riesenschritten der Inflation zueilte, von dem niemand wußte, ob es morgen oder in einigen Monaten noch bestehen würde. Oberschlesien, zu mehr als 90 Prozent katholisch, stellte nicht die Frage: Wohin nun: Ins protestantische, ins gottlose Deutschland oder in das katholische Polen? Nur beim Reiche bleiben, bei den Volksgenossen, den Stammesbrüdern, war die Parole.

Als Katholik, als Deutscher aus dem Dritten Reich, als gebürtiger Oberschlesier komme ich mit dem mir durch ein glückliches Schicksal rechtmäßig verliehenen Stimmrecht ins Saarland zur Abstimmung und fühle nichts anderes in meinem Herzen, als die heilige Verpflichtung, ebenso wie ich am 20. März 1921 gestimmt hatte, Oberschlesien bleibt deutsch, jetzt zu stimmen: Das Saarland bleibt deutsch.

Niemals, seitdem ich weiß, daß ich abstimmungsberechtigt bin, kam über mich die Versuchung, meine deutschen Stammesbrüder an der Saar etwa aus religiösen, politischen oder sonst welchen Gründen an die Franzosen oder an den Status quo zu verraten. Ich sehe als treu katholischer Oberschlesier, als Grenzlanddeutscher keinen berechtigten Grund dafür, daß das Saarland im gegenwärtigen Zeitpunkt, da ihm Gelegenheit dazu gegeben ist, nicht zum Reiche zurückkehrt.

Ein Wort an die Katholiken an der Saar

Von Staatssekretär Hans Dauser

Das ist eine Erkenntnis meines Lebens: Das Einfache, Natürliche bricht sich immer Bahn, denn in ihm liegt das Große. Die ganzen Jahre des Kampfes, in denen ich an der Seite des Führers stand und mit ihm gegen den Wahnsinn alles zersetzender Parteipolitik stritt, wuchs in mir immer mehr die Freude daran, dem Einfachen und Großen dienen zu dürfen. Der Gegner lachte, spottete und verfolgte uns. Jedes Mittel war ihm recht. Jeder Rückschlag, den er uns zufügen konnte, betörte ihn noch mehr. Er übersah, daß wir dabei immer stärker wurden und darangingen, Deutschland zu erobern. Die Kraft, die uns aushalten ließ, die Treue, die der Stolz unseres Lebens ist und bleibt, das war nichts anderes als das Dienen einer Idee, die in ihrer einfachen Größe als Dummheit beschimpft wurde. Eine geheimnisvolle, gottgewollte Kraft, die dem Einfachen und Wahren immer zum Siege verhilft, wurde in einem Mann lebendig, und der rettete Deutschland vor dem Zerfall.

Zwangsläufig war die Entwicklung in Deutschland, zwangsläufig wird die Rückgliederung der Saar erfolgen. Der gesunde Menschenverstand wird auch in dieser Frage siegen. Ein konstruierter Begriff „Status quo“ kämpft gegen die Grundgesetze menschlichen Zusammenlebens, gegen die deutscheste Eigenart: Die Treue.

Was ist Status quo? Ein Ausweg, ein Umgehen, ein Verschieben; nicht Mut, sondern Feigheit schließt er in sich. Da steht die Frage: Deutscher, willst du zu deinem Vaterland zurück? Und dort steht ein Appell: Wo liegt hier das Einfache, Natürliche? Ist Klügelei, Zorn oder Verbitterung mehr wert als das Bekenntnis des deutschen Menschen zu seinem Vaterland, ohne Hintergedanke, ohne Bedingung? Wenn mich mein Vaterland zurückruft, dann komme ich freudig, um meines deutschen Herzens willen, weil ich weiß, daß ich sonst wie ein entwurzelter Baum zugrunde gehen müßte. Da gibt es als Antwort nur ein Ja oder Nein und kein „Status quo“. Wer das Schlagwort Status quo erfunden hat, der ist nicht deutsch in seinem Innersten. Und wer für dieses hohle Schlagwort wirkt, soll nicht von „Gewissensentscheidungen“ oder „Verantwortung vor Gott“ sprechen. Wenn er aber diese Größe nicht aufbringt, seine falschen Gedanken für sich zu behalten, dann soll er wenigstens nicht unter dem Kreuzeszeichen seine Vernebelungspolitik führen und soll nicht sagen „um der Religion willen, um Christi willen!“

Für Status quo zu werben und eine Gefährdung der katholischen Religion vorzuschieben, ist scheinheilig und nicht männlich. Man erweist einer katholischen Kirche schlechte Dienste, sie in einer ausschließlich politischen Angelegenheit dauernd einzuschalten. Man betrügt sich, immer von deutschem Neuheidentum zu sprechen und zu schreiben, sich selbst aber auf die Seite der Marxisten zu stellen, für die Religionsfeindlichkeit Programm ist. Man übt Vaterlandsverrat, zu sagen „Für Deutschland, aber gegen Hitler“, denn Hitler ist Deutschland und Deutschland ist Hitler. Und würde es anders sein, so wäre Deutschland verloren, und der Bolschewismus hätte einen neuen Sieg davongetragen. Warum will man denn Hitler an der Saar schlagen? Man sagt euch, weil Hitler die katholische Religion angreift, weil im neuen Deutschland die religiöse Betätigung nicht sichergestellt sei.

Meine Glaubensbrüder an der Saar, laßt mich offen zu euch reden! Ich weiß, daß viele von euch, die treu zu ihrem Vaterlande stehen werden, manche Sorgen in ihrem Herzen tragen. Ich weiß, daß die Loslösung des deutschen Katholizismus von der Parteipolitik der letzten Jahre nicht ganz reibungslos sich vollziehen läßt. Ich weiß auch, daß der Katholizismus an der Saar treu sein Vaterland verteidigte und mehr Beweise dafür ablegen mußte, als mancher, der im Reiche nie vor diese Entscheidung gestellt wurde. Diese bisher bewiesene Treue verpflichtet, uns im Reich und euch, Saarländer. Wir wissen, daß ihr mit dem 13. Januar Kämpfer für das neue, nationalsozialistische Deutschland geworden seid und für euch liegt die innere Befriedigung darin, daß ihr euch selbst treugeblieben seid, denn ihr ließet euch nicht abbringen

von dem Weg, der durch höhere Bestimmung festgelegt ist. Als im Reich der Nationalsozialismus die Regierung übernahm, waren die meisten Katholiken noch in den Klammern des parteipolitischen Katholizismus. Der saarländische Katholik ist davon heute frei. Seine Religion ist der Katholizismus, seine Partei ist Deutschland. Ihr habt vollzogen, was der nationalsozialistische Staat und der Hl. Vater von euch verlangt: Die Trennung zwischen Parteipolitik und Religion. Wer von euch die Treue zu Deutschland verlangt, wird nie eure Treue zur katholischen Religion verwerfen. Wenn man noch von einer Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche sprechen kann, so handelt es sich im wesentlichen um die endgültige Vereinigung von Ueberresten aus der Zeit der Parteien. Der parteipolitische Katholik stand gegen den Nationalsozialismus. Wahlkämpfe brachten die Spannungen und Gegner des inneren Friedens, wälzten die Kämpfe auf den Boden des rein Weltanschaulichen. Der parteipolitische Katholizismus unterlag. Gegenseitiges Vertrauen wird die letzten Konfliktsmöglichkeiten verhindern können.

Nicht das Säen von Haß und das niederträchtige Lügenwerk der Status-quo-Presse versöhnt, sondern die gegenseitige Achtung und das offene Eingeständnis eines begangenen Irrtums fördert den Frieden. Es ist nicht katholisch gehandelt, auszuweichen unter der durch nichts begründeten Behauptung, nach dem 13. Januar werde eine Verfolgung der gläubigen Christen, insbesondere der Katholiken einsetzen. Wer Gott gibt, was Gott gebühret, wird im neuen Deutschland nicht behelligt. Er soll aber auch, gerade aus seinem katholischen Gewissen heraus, dem Staat das geben, was zu verlangen er das Recht hat: Positive Mitarbeit, ehrliches Bekenntnis zu den Grundauffassungen des Nationalsozialismus und Zurückweisung aller versteckten Sabotage. Dann wächst das Vertrauen, und die Böswilligen müssen weichen.

Saarkatholiken, an diesem Werk mitzuarbeiten in zäher Ausdauer und Geduld, in beharrlicher Treue und innerer Größe, das ist die Aufgabe des deutschen Katholiken. Das ist die Erfüllung einer Verpflichtung. Das ist die Verantwortung, die man hat vor Gott und Vaterland. Diese Aufgabe ist es wert, sich ihr ganz hinzugeben. Sie führt den Menschen zu Höherem und macht die Hetze Verirrter und Verbannter, die alle Begriffe verwechseln, lächerlich, die Religion und Politik, Gott und Vaterland, Treue und Verrat vertauschen und verdrehen und in ihrer Hilflosigkeit daraus den neuen Begriff „Status quo" formen und davon Rettung und Heil sich versprechen.

Glaubt ihnen nicht, wenn sie das nationalsozialistische Deutschland als heidnisch verschreien! Ich kenne diese Geschöpfe.

Als ich vor Jahren noch mitten im Kampfe stand, verschrien dieselben mich als den Attrappen-Katholik. Seit dem Jahre 1933 anerkennen sie mich, und ihr Urteil lautet wesentlich anders. Ich habe mich aber nicht geändert. Euch hetzen sie in die Konflikte, sie selbst ziehen dann rechtzeitig den Aufenthalt im Ausland vor oder schalten sich mit aalglatter Eleganz gleich, mit einem Tempo, das euch alle wundern wird. Katholiken an der Saar, nehmt euch vor diesen falschen Propheten in acht, damit es ihnen nicht gelingt, auch Auserwählte in Irrtum zu führen.

Bischof Korum gegen Losreißung des Saargebiets

Eine Feststellung gegen den Hoffmannschen Separatismus

Vor kurzer Zeit hatte sich eine gewisse separatistische Presse angemaßt, die ehrwürdige und im Saargebiet hochgeachtete Persönlichkeit des verstorbenen Trierer Bischofs Korum zu ihrer Abstimmungspropaganda zu mißbrauchen und ihm zu unterstellen, daß er sich „vergeblich für eine kirchliche Selbständigkeit des Saargebiets eingesetzt" habe. Gegen diese geschmacklosen Entgleisungen einer Presse, der das Recht, sich mit kirchlichen Fragen überhaupt zu befassen, von vornherein abzusprechen ist, nahm in einem viel beachteten Artikel der „Saarbrücker Landeszeitung" der bekannte Trierer Prof. Dr. Ketter Stellung, der in den schlimmsten Zeiten des Pontifikats des Bischofs von 1916 bis 1921 Geheimsekretär des Bischofs war.

Dieser intime Kenner und Vertraute des verstorbenen Bischofs schreibt u. a.: „Bischof Korum hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er die Loßreißung des urdeutschen Saargebiets vom Mutterland ebenso wie andere Bestimmungen des Versailler Vertrages für ein großes Unglück und eine Ungerechtigkeit hielt. Nie werde ich vergessen, wie der ritterliche Charakter des Bischofs sich aufbäumte, als die dem wehrlosen Deutschland aufgezwungenen Bedingungen bekannt wurden. Er litt geradezu körperlich darunter. Nie hat er sich gescheut, auch gegenüber den höchsten Vertretern der Siegerstaaten seinem Schmerz und seiner Empörung darüber Ausdruck zu geben. In der Hoffnung, etwas zum Besten des entrechteten deutschen Volkes und nicht zuletzt seiner Diözesanen im Saargebiet tun zu können, hat er die Einladung der deutschen Regierung zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Versailles trotz seines hohen Alters angenommen, hat mitten im Winter die damals so beschwerliche Reise nach Berlin gemacht, wo er acht Tage hindurch Vorbesprechungen mit den maßgebenden Stellen hatte. Zu seinem größten Bedauern wurde er dann doch nicht nach Versailles berufen. Die Gründe hat er nie erfahren, aber sie lagen nicht auf deutscher Seite.

Vom ersten Tage der Besetzung an erklärte der Bischof immer wieder: „Wir müssen den armen Leuten an der Saar um jeden Preis die Treue bewahren. Sie sollen wissen, daß ich nach wie vor ihr Bischof bin. Die kirchliche Einheit muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Das ist jetzt das feste Band, das die treue Saarbevölkerung mit ihrer deutschen Heimat verbindet. Es darf nicht gelockert werden."

Als damals einige kurzsichtig genug waren, eine neue katholische Partei im Saargebiet gründen zu wollen, weil sie mit dem Zentrum unzufrieden waren, da flehte der Bischof, so berichtet Professor Dr. Ketter weiter, mehrere einflußreiche Persönlichkeiten förmlich an, doch diesen Plan zu hintertreiben. Die katholische Einheit müsse jetzt mehr wie je gewahrt und bewiesen werden. Sogar den Gedanken an die Ernennung eines Generalvikars für das Saargebiet ließ Bischof Korum nach kurzer Ueberlegung vollständig fallen, weil er alles für bedenklich hielt, was auch nur den äußeren Anschein einer Lockerung der Verbindung des Saargebiets mit Trier erwecken konnte.

Die Bemühungen der Franzosen um das Saarbistum gingen jedoch weiter. Da fuhr der Bischof nach Rom. Auf der Hinfahrt war er gedrückt und gesundheitlich so elend, daß ich fürchtete, mit einem toten Bischof heimfahren zu müssen. Der Papst fragte ihn: „Wieviel Prozent Ihrer Diözesanen im Saargebiet verstehen eigentlich deutsch?" So war nicht nur in Versailles, sondern auch in Rom die Saarbevölkerung in bewußter Absicht geschildert worden. Der Bischof erwiderte:

„Heiliger Vater, wenn ich auch nur in einer einzigen Gemeinde des Saargebietes auf der Kanzel zehn Sätze französisch spräche, so verstände mich von der einheimischen Bevölkerung kein Mensch, falls er keine höhere Schule besucht hat."

Als der neue Oberhirte, Bischof Bornewasser, nach dem Tode Korums seine erste Romfahrt zum Schutze der Trierer Kirche antrat, auf der ihn der Verfasser des Artikels ebenso wie er früher mit Korum reiste, begleiten durfte, war diese mit gleich gutem Erfolg gesegnet wie die letzte Fahrt des Vorgängers. Abschließend stellt der Verfasser fest:

„Wem es also wirklich um die Wahrheit und um die Sache der Kirche zu tun ist, der darf in der Saarfrage keinen Gegensatz zwischen Bischof Korum und Bischof Bornewasser konstruieren, sonst strafen ihn die Tatsachen Lügen."

Aufruf der Bischöfe von Paderborn, Fulda und Hildesheim

Die Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz erlassen folgenden Aufruf:

Geliebte Diözesanen! Sonntag, den 13. Januar 1935, wird im Saargebiet die Volksabstimmung stattfinden über die Frage, ob dieses deutsche Land und seine Bewohner in der durch den Versailler Gewaltfrieden aufgezwungenen Trennung vom Deutschen Reich verbleiben wollen oder nicht. Der für die Zukunft unseres Vaterlandes so folgenschweren Entscheidung, die in einigen Tagen an der Saar fallen wird, kann kein wahrhaft Deutscher gleichgültig gegenüberstehen. Als deutsche Katholiken sind wir verpflichtet, für die Größe, die Wohlfahrt und den Frieden unseres Vaterlandes uns einzusetzen. Unsere wirksamste Hilfe ist das Gebet. Deshalb verordnen wir, daß am genannten Sonntag in allen Kirchen nach dem allgemeinen Gebet drei Vaterunser und Ave Maria mit den Gläubigen gebetet werden, um einen für unser deutsches Volk segensreichen Ausgang der Saarabstimmung zu erflehen.

Paderborn, den 28. Dezember 1934.

Die Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz:

Caspar, Erzbischof von Paderborn,
Josef Damian, Bischof von Fulda,
Josef Godehard, Bischof von Hildesheim.

Die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenprovinz haben sich dem Aufruf der Bischöfe von Paderborn, Fulda und Hildesheim zur Saarabstimmung angeschlossen.

Die Dechanten des Saargebiets gegen den Status quo

Drahtmeldung unseres Sonderkorrespondenten.

Die zwölf Dechanten des Saargebiets der (katholischen) Kirchensprengel haben eine wichtige Erklärung abgegeben, mit der die Frage der sogenannten „katholischen" Richtung in der Status-quo-Propaganda erledigt sein dürfte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„In verschiedenen Zeitungen, die den Status quo vertreten, und von Rednern derselben Richtung, ist verschiedentlich behauptet worden, ein großer Teil, ja sogar 70 bis 80 Prozent der Geistlichen des Saargebiets ständen hinter dem Christlichsozialen Volksbund und seiner Zeitung, der „Neuen Saarpost". Sie würden somit am 13. Januar für den Status quo stimmen. Diese Behauptung ist nicht bewiesen und kann nicht bewiesen werden. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen.

Gemäß dem Erlaß der Hochwürdigen Bischöfe von Trier und Speyer vom 12. November 1934 betrachten wir Geistliche die Liebe und Treue zu unserem deutschen Volk und Vaterland für uns und unsere Gläubigen als sittliche Tugend und werden pflichtgemäß danach handeln.

Da aber die Verwirrung im Saargebiet hauptsächlich durch die ungeklärte kirchenpolitische Lage im Reiche verursacht ist, so glauben die Dechanten mit ihrer Erklärung die feste Hoffnung und den dringenden Wunsch aussprechen zu müssen, daß nach der Rückgliederung des Saargebiets auch die letzten Schwierigkeiten und Unklarheiten zwischen Staat und Kirche von der Reichsregierung ausgeräumt werden. Dieser Wunsch gründet sich auf die wiederholten Erklärungen des Führers und Reichskanzlers sowie anderer Herren Minister, wonach das Deutsche Reich auf dem Boden des positiven Christentums stehen und aufgebaut werden soll."

Die Führung der katholischen Jugendverbände im Saargebiet hat eine ähnlich lautende Erklärung abgegeben, die inhaltlich etwa dasselbe besagt.

Hin zu Deutschland!

Gewaltige Kundgebung der Deutschen Gewerkschaftsfront

In dem überfüllten Saarbrücker Saalbau fand eine überwältigende Kundgebung der Deutschen Gewerkschaftsfront statt, auf der der Leiter der Deutschen Gewerkschaftsfront, Peter Kiefer, noch einmal die Aufgaben der saardeutschen Arbeiter in den letzten Tagen des Kampfes herausstellte. Er schloß seine von ständigem Beifall unterbrochenen Ausführungen mit folgenden Worten:

Tausende der Menschen, die durch die Schuld andrer in die klassenkämpferisch eingestellte freie Gewerkschaftsbewegung und in die undeutsche Geisteswelt eines Karl Marx getrieben wurden, haben sich in den letzten Monaten freigemacht und haben den Weg zu uns gefunden. Wir müssen ihnen das im Namen Deutschlands, um dessen Ehre es geht, herzlich danken. Auch denen, die aus falsch verstandener Treuepflicht noch glauben, bei der freien Bewegung bleiben zu sollen, öffnen wir unsre Tore und entbieten ihnen den Brudergruß, denn wir sind überzeugt davon, daß sie wissen, daß es am 13. Januar 1935 nicht um Bewegungen, sondern ums angestammte Vaterland geht. Darum, du deutscher Arbeitnehmer, der du heute noch den Führern folgst, die sich für den unnatürlichen Status quo entschieden haben, folge der Stimme deines Herzens und deines Blutes und schließe dich uns an. Stelle Schmerz und Enttäuschung zurück! Lasse die Stimme deines Gewissens und Blutes sprechen! Wenn du deutsch sein willst, Kamerad von der freien Gewerkschaftsfront, dann mußt du abrücken von denen, die aus unsrer angestammten deutschen Saarheimat ein Asyl für politisch Obdachlose machen wollen, die nur sich sehen, aber um dein Schicksal sich nicht sorgen. Am 13. Januar geht es um Ja oder Nein. Das Ja für Deutschland, das Nein für Frankreich. Status quo heißt Verewigung der Herrschaft Frankreichs über deutsche Menschen in einem deutschen Land. Willst du das haben? Das kann nicht sein.

Deutscher Arbeitnehmer! Ich wende mich jetzt an dich und euch alle — wenn du deutsch bist, dann darfst du nicht vom neuen Deutschland fernbleiben und dich feige hinter den Schutz des Völkerbundes verkriechen. Du wirst gerufen vom Mutterland, und du wirst gebraucht. Jeden braucht Deutschland. Darum darf keiner abseits bleiben, der Deutschland mehr liebt als sich selbst. Werfe daher die Trauer um zerbrechliche Formen und eine verschwundene Bewegung — alles ist und bleibt zeitbedingt, was Menschen schaffen — von dir und lasse die Kraft des deutschen Menschen sprechen und wirken; denn nie wirst du deiner Gebundenheit als deutsches Volk entrinnen können. Komm, wir pflichtbewußten deutschen Arbeitnehmer des Saargebiets reichen uns die Hand; vergessen wir doch alles Trennende und sehen nur noch das eine: Die Geschichte soll berichten, daß Deutschlands ärmster Sohn im Saargebiet sein getreuester war. Die ganze deutsche Arbeitnehmerschaft soll es sein, die am 13. Januar 1935 feierlich bekennt: Nur du, mein Vaterland, kommst in Frage. Darum, ihr Arbeitnehmer des Saargebiets und meine Kampfgenossen von der Deutschen Gewerkschaftsfront:

Ueber Kampf und Not hinweg zu Deutschland! Für uns kommt nur eins in Frage: Du, mein Deutschland, ich schwöre es dir: Deutschland, Deutschland über alles!"

Der Hindenburgturm bei Berus im Saargebiet

Du bist ein Mahnmal,
wuchtig und groß,
für uns!

Du bist ein Symbol
unserer Treue
zu Deutschland!

Du bist eine Burg,
trutzig und stark,
wider den Feind!

Auf heiliges Land
bist du gebaut,
du Turm!

Und dieses Land
führen wir heim,
heim ins Reich!

Anton Hoffmann-Altforweiler b. Saarlouis.

Der protestantische Landeskirchenrat

Der protestantische Landeskirchenrat in Speyer hat eine Neujahrskundgebung an die evangelischen Christen der deutschen Westmark gerichtet und gleichzeitig angeordnet, daß in den Gottesdiensten am Neujahrstage und an den beiden folgenden Sonntagen im Kanzelgebet fürbittend unserer Brüder an der Saar gedacht wird. Wichtigen, entscheidenden Stunden geht unser Volk hier in der Westmark entgegen. **Am 13. Januar soll es sich entscheiden, ob die Grenzpfähle, die menschliche Macht und Willkür aufgerichtet haben, stehenbleiben, oder ob ein Volksteil, der nach Blut und Boden zu uns gehört, endlich zurückkehren darf zur Heimat. Wir wissen: Auch Volkstum und Nation, Heimat und Vaterland, sind gottgesetzte Ordnungen, die niemand unbestraft übertreten darf. So wenden wir uns an Euch, Brüder und Schwestern an der Saar:**

Tut das, wozu die Stimme des Gewissens und des Blutes Euch treibt, bekennt Euch offen und frei zu Eurem Volk und Vaterland! Ihr habt es geliebt zu einer Zeit, da es geknebelt und innerlich zerrissen am Boden lag. Ihr liebt es auch jetzt, da es in Einigkeit und Brüderlichkeit über die Grenze hinweg Euch die Hand entgegenstreckt zu froher Heimkehr. Wir wenden uns an Euch, Ihr Protestanten der pfälzischen Heimat. Steht Euren Blutsbrüdern getreulich zur Seite in entscheidender Stunde! Wir als Christen wissen etwas von der Macht des ernstlichen Gebetes und der Kraft der Fürbitte. So laßt uns denn zusammenstehen in treuer Fürbitte in der Gemeinde und im stillen Kämmerlein mit der freudigen Gewißheit:

„Gott sitzt im Regimente und führet alles wohl."

„Ueber die deutsche Saar zum Europa-Frieden 1935"

Das Ergebnis einer Neujahrsrundfrage

Copyright by Nordeuropa-Pressedienst, Lübeck.
Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Alfred Rosenberg:

Die Saarabstimmung wird der ganzen Welt beweisen, daß das deutsche Volk den Glauben an sich selbst wiedergefunden hat und sich in diesem Glauben durch keinerlei Machenschaften, von wo sie auch kommen mögen, beirren läßt.

Darüber hinaus wünschen wir, daß der gleiche ehrliche Friedenswille, der das deutsche Volk in dieser Frage beseelt, richtungweisend für die gesamteuropäische Politik werde.

Knut Hamsun, Norwegen:

Naar det tyske Land Saar atter er helt forenet med Moderlandet blir et Irritament slettet Folkene imellem. Et nyt Irritament vil fremstaa twis fransk Politik — med Englands Billigelse — paany próver at lankebinde Tyskland til förtaat Nedvardigelse.

(Wenn das deutsche Land, die Saar, wieder ganz mit dem Mutterland vereint ist, verschwindet eine Unruhe zwischen den Völkern. Eine neue Unruhe wird entstehen, wenn die französische Politik — mit Englands Billigung — aufs neue versucht, Deutschland weiter niederzuhalten.)

Gunnar Gunnarsson, Island:

Im Jahre 1920 kam ich durch ein von französischen Truppen besetztes deutsches Gebiet, und ich werde niemals vergessen, mit welcher Würde das deutsche Volk das schwere Unglücksschicksal getragen hat. Ich fragte mich selbst, ob ich wohl persönlich imstande gewesen wäre, ein solches Unglück meines Landes so gut zu tragen, und ich war mir über die Antwort im Zweifel. Meine Bewunderung galt damals dem Besiegten. Es ist mein Glaube, daß der Weltfriede vielleicht sicherer als sonst irgendwie auf solchen überstandenen und überwundenen Proben aufgebaut wird. Es ist nordisches Schicksal, endlich durch die Niederlage zu siegen, was der größte und vielleicht auch einzige Sieg sein kann. **Wenn die Saar im Jahre 1935 durch friedliche Abstimmung Deutschland zurückgegeben ist, wird der ganze Norden dies von Herzen begrüßen, und unsere gemeinsame Freude mit Deutschland wird ohne jeden Vorbehalt sein.**

Barbra Ring, Norwegen:

Ein Volk soll dem Lande gehören, dem sein Blut und sein Herz gehören. Ein Land soll dem Volke gehören, das es nicht als ein Mittel zur Macht und Ehre anschaut, sondern die Scholle als eigenen Boden liebt. Denn in der Liebe zum eigenen Lande, im Blute und im Herzen des einzelnen und des Volkes regt sich die Kraft zum Leben — die den Willen zum Frieden schafft und die Fähigkeit, seinen Friedenswillen durchzusetzen!

Admiral Mark Kerr, England:

Ich glaube, daß die Unterzeichnung des Abkommens in Rom zwischen Deutschland und Frankreich die stärkste Hoffnung zuläßt, daß sich die Unruhe an der Saar und in Europa überhaupt während des nächsten Jahres legen wird. Der Sieger aus der Volksabstimmung an der Saar muß als solcher von jedem anerkannt werden. Ich und alle meine Landsleute wünschen genau so aufrichtig den Frieden wie die Deutschen. Die Presse in der ganzen Welt kann viel Gutes tun, wenn sie Verständnis zwischen den Nationen schafft. Aber sie kann auch Schaden anrichten. Mit Bedauern stelle ich fest, daß das Kritikertum, das sich in verschiedenen Ländern gegen Deutschland richtete, ebenfalls höchst unglücklich gewesen ist. Deutschland hatte einen schweren Kampf durchzufechten, um seine finanziellen und sozialen Fragen zu lösen. Noch ist dies nicht bis zum letzten vollendet, aber was noch immer die Lage beunruhigt, ist das feindlich gesonnene Kritikertum in vielen ausländischen Zeitungen und das Anwachsen der Rüstungen in vielen Ländern. Verständnis ist die Saat, aus der der Friedensbaum emporwächst, und die Frucht dieses Baumes ist der Wohlstand.

Helge Roswaenge, Pr. Kammersänger, Dänemark:

...Wer einmal die Saar besucht hat, weiß, daß dieses Land echtes deutsches Land ist.

Max Jungnickel:

Saardeutschland wäre nie ein Zankapfel der Nationen geworden, wenn nicht jene Leute gewesen wären, die im Novemberdeutschland einst die Friedensflöten bliesen und nun, hinter den Grenzsteinen, sich als Schwertrufer entpuppen, weil sie ihre fetten Tage schwinden sehen. Es wäre ein Jammer, wenn der Frieden Europas, das Glück der Völker durch Elemente gestört würde, die nur unter einer Schlangenhaut in politischen Bezirken leben. Der Tag muß kommen, wo die Kameraden von hüben und drüben, die sich feindlich in den Schützengräben gegenüberlagen, sich die Hände reichen und Europa, wenn es sein muß, zum Frieden und damit zum Glück zwingen werden.

Agnes Miegel:

Es ist für mich als deutsche Frau selbstverständlich, daß Neujahr 35 für mich das Neue Jahr der Wiederkehr des Saarlandes bedeutet, und als Frau und Christin bete und hoffe ich, daß diese Heimkehr eine für unser und das Nachbarvolk und damit für die ganze Welt segensreiche werden möge. Mich darüber in der Presse zu äußern, neben Männern von so weitem politischem Blick, in solch verantwortungsvollen Aemtern, dazu halte ich mich nicht für berechtigt.

Will Vesper:

Wenn erst das in tiefster Seele deutsche Saargebiet wieder mit dem deutschen Vaterland vereinigt sein wird, kann es, wie wir hoffen, dazu helfen, die Völker, die es

jetzt trennt, zu vereinigen. Eine ehrliche Vereinigung der Saarfrage ist die Brücke zur Solidarität der Völker Europas, die kommen muß, wenn Europa seine Stellung in der Welt behaupten soll.

Th. Vogel, Gründer des Bundes der Saarvereine:

Die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar wird der Ausdruck des einmütigen Verlangens des saardeutschen Volkes auf Rückkehr zum deutschen Vaterlande sein. Ein Rückblick auf seinen Leidensweg wird die Erkenntnis bringen, daß deutsches Volkstum siegreich alle ihm in den Weg gelegten Hemmnisse überwunden hat. Nach einer gerechten Lösung der Saarfrage wird der Weg zu einer dem wahren Frieden dienenden Verständigung mit unserem Nachbarvolke erst frei. Nach der Rückkehr zum Reiche wird auch das Saarvolk mit dem ganzen geeinigten deutschen Volke dem Frieden und damit der Verständigung mit Frankreich zu dienen bereit sein.

R. Jordan, Gauleiter und Preußischer Staatsrat:

... Der bewunderungswürdigen Disziplin des deutschen Volkes an der Saar und der klugen genialen Friedenspolitik des Führers Adolf Hitler ist es gelungen, zum Ende des Jahres 1934 den Spuk der Kriegspsychose zu zerstreuen. Heute — zwei Wochen vor der Rückkehr des deutschen Saarlandes zum Reich — scheint es vielmehr, als sollte die westdeutsche Grenzmark statt eines Zankapfels die Brücke zum europäischen Frieden werden. Ueber Kohlen- und Rüstungsindustrieinteressen hinweg reichen sich die Frontkämpfer Deutschlands und Frankreichs die Hände. Trotz der volklich bedingten Orientierung des Saarlandes nach Osten lenkt das Saarland als Lieferland bester Qualitätskohle an Frankreich und als Abnehmerland lothringischer Erze selbst maßgebliche Wirtschaftskreise des Westens zur Erkenntnis von der Notwendigkeit der Heimkehr des deutschen Saarlandes in das Reich.

So sind wir am Jahresende voll der Hoffnung, daß die Rückkehr der Saar auch das letzte Hindernis einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Wege räumen wird.

Dr. Drechsler, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Lübeck:

Besonders erfreulich ist es, daß in den letzten Wochen des Jahres 1934 der so oft von dem durch Frontsoldaten geführten nationalsozialistischen Deutschland bekundete Wille zur Verständigung mit Frankreich auf seiten der dortigen Frontkämpfer Widerhall zu finden beginnt.

Hierdurch scheint mir die Möglichkeit gegeben, daß, nachdem am Anfang des Jahres 1935, wie wir alle hoffen, die Saarfrage als letzter eventueller Konfliktstoff sachlich und friedlich gelöst sein wird, nunmehr aus diesem Sichverstehen deutscher und französischer Frontsoldaten nicht nur zwischen diesen beiden Nationen, sondern darüber hinaus in ganz Europa der Friede gesichert ist, so daß das Jahr 1935 sich auswirken kann zum Nutzen und Segen aller Völker Europas.

Gauleiter Staatsrat Albert Forster:

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der Tag der Saarabstimmung, der 13. Januar 1935, für die deutsch-französischen Beziehungen denselben Erfolg haben möge wie der 26. Januar 1934 für die deutsch-polnische Verständigung.

Gauleiter Josef Wagner:

Die Saar ist deutsch. Am 13. Januar 1935 wird die Bevölkerung des Saargebietes ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Deutschen Reich und Volke ablegen.

Die Anerkennung der alsdann unzweifelhaft gerechtfertigten Ansprüche Deutschlands auf seine 800 000 deutschen Saarkinder seitens Frankreichs wird eine Vereinigung der politischen Atmosphäre herbeiführen, die sich für den europäischen Frieden segensvoll auswirken wird.

Walter von Molo:

Nur wenige — gewiß nicht die Besten in jedem Volke — sogar sehr das Gegenteil — hätten etwas von Ungerechtigkeit an der Saar, von bedrohtem Frieden. Europa wird sich dahin entscheiden, daß die große Mehrheit der Anständigen wichtiger ist, als zweifelhafte Geschöpfe, die in allgemeinem Unglück egoistischen Vorteil für sich suchen.

Der Geopolitiker Professor Dr. K. Haushofer, Generalmajor a. D.:

Volle Achtung des Volkswillens an der Saar — der dort ja niemals eine Frage war — würde zweifellos zur Entgiftung der dicken Luft über Europa beitragen.

Daß die Möglichkeit dazu erst in letzter Stunde angebahnt wurde und von Druckmitteln umgeben, deren Hebelwerk der dümmste Zufall in Gang setzen konnte — das allein hat verhindert, daß aus vorübergehender Entgiftung jene völlige Sanierung werden konnte, zu der die deutschen Führer die Hand boten, die durch erneute, weitere Einkreisungsvorgänge verhindert worden ist. Zur gleichzeitigen Einschnürung aber von Mitteleuropa mit Deutschland und Polen zusammen, und von Ostasien in gleichzeitiger Kraftanstrengung wären selbst die vereinigten Anaconda-Druckleistungen der franco-russischen Freunde mit stiller Beihilfe von Amerika nicht stark genug. So sehen wir in einer günstigen Lösung an der Saar Erleichterung, aber noch keine Voll-Entgiftung, keine Druckentlastung: einen Lichtglanz zum Weg ins Freie — diesen Weg selbst noch nicht!

Dr. von Renteln,
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages:

Mit der Rückgliederung der Saar zum Deutschen Reich wird einer der verhängnisvollsten Irrtümer des Versailler Diktats berichtigt sein, nämlich der, daß es eine Möglichkeit gibt, kerndeutsches Land vom Reich abzuschnüren und dem Reich zu entfremden. Der Wille der Saar, ihr Deutschtum über alle Hindernisse hinweg zu erhalten, wird insofern eine historische Lehre bedeuten, von der nur zu hoffen ist, daß sie auch in ähnlich gelagerten Fällen zukünftig von den maßgeblichen Staatsmännern der Welt erkannt und beachtet wird.

Nach Lösung der Saarfrage werden einer wirklichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wesentliche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen. Es ist zu hoffen, daß sich die beiden Völker dann auf einer Grundlage einigen werden, die gleichzeitig die Grundlage eines dauerhaften europäischen Friedens ist.

Reichsjendeleiter Hadamovsky:

Wenn wir in den ersten Tagen des Januar die Rückkehr der Saar zum Reich verkünden dürfen, wird der Rundfunk seinen schönsten Neujahrswunsch erfüllt sehen, nicht zuletzt deshalb, weil die Rückkehr der Saar zum deutschen Mutterland auf dem Wege zum Frieden der Welt liegt.

Gustav Frenssen:

Niemals in seiner ganzen Geschichte war unser Volk so sehr ein Bau- und Zimmerplatz voll schaffender Arbeit. Veredelung der Rasse, Reichseinheit, wirtschaftliche Umstellung, völlig neue Grundlegung für Schule und Recht, Neubau des ganzen Siedlungswesens! Wie fühlt und weiß unser Volk, daß es eine lange, ungestörte Friedens- und Arbeitszeit braucht! Darum, wie atmete es auf, als die gute Nachricht kam, daß die Saarfrage, diese brennendste Sorge, friedlich gelöst werden sollte! Welch' gute Verheißung für 1935 und weitere Jahre mächtiger, froher Arbeit!

Arthur Greiser, Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig:

Hitler-Deutschland ist ein Bollwerk für den Frieden Europas, das deutsche Danzig unter nationalsozialistischer Führung ein Friedenspfeiler im Osten.

Wird das Saarland erst wieder Bestandteil Deutschlands im Westen, dann liegt im Nationalsozialismus gesichert der Frieden Europas.

Johannes Schlaf:

Die großen Kulturnationen Europas, seit der Renaissance die Urheber der allumfassenden Weltzivilisation, würden sich ihrer höchsten geistigen und sittlichen Menschheitsmission in der besorgniserregendsten und befremdlichsten Weise begeben, wenn sie der schwebenden Probleme, die den europäischen Frieden bedrohen, und zu denen besonders auch die Saarfrage gehört, aus dieser hohen, guten Einsicht heraus nicht Herr zu werden vermöchten. Es wäre so etwas wie allgemeinste Menschheitszerrüttung.

„Status-quo" von Frankreichs Gnaden

Französische Gelder für Hoffmann und Genossen

Vier Briefe

I.

Saarbrücken, den 28. Dezember 1934.

Sehr geehrter Herr Pastor!

Leider war es mir nicht mehr möglich, mich auch bei Ihnen persönlich gegen die verleumderische Art, wie die „Neue Saar-Post" mich im Zusammenhang mit dem Rossenbeckschen Dokument gebracht hat, zu rechtfertigen. Vermutlich werden auch Sie, wie alle anderen, die mich kennen, von allein auf den Gedanken gekommen sein, daß in dieser, für Nichteingeweihte mysteriösen Angelegenheit etwas nicht stimmen kann. So ist es auch. Irgendeiner mußte schließlich den Sündenbock spielen und dafür wurde ich in diesem Falle ausersehen, ohne vorher gefragt zu werden. Zur Belohnung soll ich in den schönen Schweizer Bergen sitzen und von dort die letzte Phase des Abstimmungskampfes beobachten. Man hat mir die Bedingung auferlegt, vor dem 14. Januar 1935 weder eine Berichtigung in der „Saar-Post" zu verlangen, noch irgendwelche anderen Schritte zu unternehmen, die zu einem „Eklat" führen könnten, andernfalls wolle man mich fallen lassen.

Nun, durch diesen Brief wird die von mir verlangte Verpflichtung nicht berührt. Auch schreibe ich Ihnen nicht allein, um mich zu rechtfertigen, sondern vor allem, um mein Gewissen zu entlasten.

Während meiner halbjährigen Tätigkeit für die „Neue Saar-Post", sowie für den Deutschen Volksbund habe ich einen großen Teil des Saarvolkes persönlich kennengelernt und bin in sehr viele Pfarrhäuser gekommen.

Dabei waren die meist unter vier Augen oder in ganz kleinem Kreise geführten Gespräche von einer sonst im Saargebiet in politischen Dingen seltenen Offenheit. Vorweg wurde mir fast immer die Frage gestellt, ob an den Gerüchten, die „Neue Saar-Post" sei mit französischen Geldern gegründet oder werde damit finanziert, etwas Wahres sei. Nach den mir von Herrn Hoffmann und den anderen Herren des Verlages mehrfach gegebenen Versicherungen habe ich diese Verdächtigung stets und in ehrlicher Ueberzeugung als eine Lüge bezeichnet. Ich weiß, daß man mich, wenn ich hierin nur die geringsten Zweifel gelassen hätte, zur Türe hinausgeworfen hätte. Auch Sie, Herr Pastor, würden das getan haben. Denn eine Feststellung habe ich während meiner Besuche landauf, landab machen können: Das Saarvolk ist, bis auf wenige Ausnahmen, kerndeutsch und will mit allem, was französisch bedeutet, absolut nichts zu tun haben. Daher ja auch die scharfe Ablehnung des Pater Dörr in den Kreisen der Katholiken und beim saarländischen Klerus, weil man seine frankophile Einstellung kennt. Inzwischen habe ich mich davon überzeugen müssen, daß ich Ihnen allen etwas Unwahres gesagt habe.

Johann Hoffmann hat mich belogen und belügt noch heute Tag für Tag durch seine Zeitung und in den Versammlungen die Katholiken des Saargebietes, ja selbst einen Teil seiner nichtorientierten Mitarbeiter. Man mag die Lüge als politisches Kampfmittel benützen, niemals aber darf man sie mit dem Christuskreuz in Zusammenhang bringen. Und das tut Hoffmann.

Der Kopf der „Neuen Saar-Post" ist eine Farce, eine Gemeinheit: Hoffmann will damit den Anschein erwecken, als kämpfe er mit dem Christuskreuz in der Faust für Christus. In Wahrheit aber reißt diese Faust das Kreuz herunter in den Schmutz politischer Unsauberkeit um persönlicher Vorteile willen.

Sehr geehrter Herr Pastor, ich weiß, daß ich damit etwas ganz Ungeheuerliches sage, und Sie werden vielleicht ungläubig den Kopf schütteln. Aber ich behaupte es nicht nur sondern will es Ihnen auch beweisen.

Sie kennen sicherlich das in der „Deutschen Front" vom 6. Dezember 1934 veröffentlichte „Rossenbeckschе Dokument". **Dieses Dokument ist meines Ermessens nicht nur echt, sondern — von nebensächlichen Ungenauigkeiten abgesehen — inhaltlich auch wahr. Die darin über die „NSP." und den Deutschen Volksbund enthaltenen Angaben stammen in der Hauptsache von mir, sowie von dem politischen Redakteur der „NSP.", Heinrich Imbusch jun., teilweise sogar von Heinrich Imbusch sen. Sie wurden von uns an den Gruben-Ingenieur Jean Baucher, Inspektion II, Luisenthal, mitgeteilt. B. muß auch der Verfasser bzw. der Urheber des Dokumentes sein; denn wir haben diese Dinge nur mit ihm allein verhandelt.** Doch hören Sie, wie das Dokument zustande kam.

Anläßlich einer Grubenbesichtigung auf Zeche Viktoria in Püttlingen Anfang September 1934 lernte ich B. kennen und befreundete mich mit ihm. Wir sprachen — er beherrscht das Deutsche fließend — u. a. auch über die „NSP." und die erwartete „Katholische Partei". Ich klagte über Schwierigkeiten in der Verbreitung der Zeitung durch die Abwehr-Propaganda der Deutschen Front. Infolge der sehr schlechten Bezahlung unserer Austräger — 5 Centimes pro Stück und Tag — würden uns diese immer wieder abspenstig gemacht, und nur wenige Idealisten hielten durch. Meist sind es dann Sozialisten, wie beispielsweise in Püttlingen, wo vorher 6 bis 7 Katholiken aufgehört hatten. Meine Vorstellungen beim Verlag seien ohne Erfolg geblieben, weil man dort nicht mehr Geld dafür auswerfen konnte oder wollte. **B. meinte, dafür sorgen zu wollen, daß hier eine Besserung eintreten würde. So bestätigte sich mein bereits vorhandener Verdacht, daß die „NSP." trotz der von Hoffmann so scharf betonten Ablehnung jeder Verbindung mit den Franzosen oder nur frankophilen Kreisen, in Wirklichkeit mit französischen Geldern arbeitete. Wie konnte sonst B. einen Einfluß auf die Zeitung haben. Prompt fragte mich Hoffmann auch einige Zeit danach, ob die Boten mit der Entlohnung unzufrieden seien usw. Hier schloß sich zum ersten Male der Kreis.**

Inzwischen war ich von Hoffmann zum Organisator der kommenden Partei bestellt worden und hatte eine unbeschränkte schriftliche Vollmacht erhalten. Obwohl mit der Arbeit begonnen werden sollte, zögerte H. die offizielle Gründung der Partei ständig hinaus. Einmal war er krank, dann war es die Genfer Tagung im September, die abgewartet werden sollte, zum Schluß blieb es beim Geldmangel. Baucher, den ich persönlich schätze und für einen ehrenwerten Menschen halte, hatte ich verschiedentlich zu Hause und in seinem Büro besucht. Er interessierte sich für alle diese Dinge außerordentlich, war mitunter sogar besser unterrichtet als ich. **Er wollte in der Beschaffung von Geldern behilflich sein und ging dieserhalb mit mir auf die Bergwerksdirektion zu Herrn Vaisset. Ich wartete im Vorzimmer etwa eine Stunde, bis B. reichlich verstört wieder herauskam. Er sagte mir dann, daß es ja gar nicht nötig wäre, Geld zu beschaffen, weil bereits welches vorhanden sei.** Ich sollte auf jeden Fall sofort und in meinem Interesse Hoffmann von unserem geplanten Schritt unterrichten. Diesen erreichte ich erst am übernächsten Tage, er hatte bereits, wie er mir glaubhaft machen wollte, aus vierter bis fünfter Hand von einem jüdischen Geschäftsmann von dieser Angelegenheit gehört. Aber nie vorher oder später habe ich ihn so verlegen und blaß gesehen, wie bei dieser Aussprache. Das war sogar Imbusch jun., der gar nicht informiert war, aufgefallen. Anscheinend merkte Hoffmann, daß ich hinter seine Schliche gekommen war. **Für mich lag es klar auf der Hand, daß nicht nur die „NSP.", sondern auch der Deutsche Volksbund mit französischen Propagandageldern finanziert wurden.** Woher sollte sonst Vaisset wissen, daß Hoffmann bereits Gelder für die Partei zur Verfügung habe. Trotzdem glaubte ich, es geschehe vielleicht ohne Wissen Hoffmanns durch Eberhard (Schopen) oder sonst eine Mittelsperson. Ich konnte es bei Hoffmann nicht glauben.

Nach dieser Angelegenheit war auch plötzlich Geld da, d. h. Hoffmann sagte es wenigstens, in Wirklichkeit stand es der Partei noch nicht zur Verfügung. Ueberhaupt war damals die Kassenlage der „NSP." so schlecht, daß u. a. nicht einmal 3000 Franken Bargeld da waren. Dies geht aus bei-

liegendem Brief von Dr. Tinnes vom 21. September 1934 hervor. Dr. Tinnes war von mir dem H. als Generalsekretär für die Partei vorgeschlagen worden, weil er geborener und abstimmungsberechtigter Saarländer ist. Dr. T. lehnte allerdings das Angebot ab, da ihm die ganze Sache, wie aus dem gleichen Brief hervorgeht, finanziell zu unsicher und Hoffmann selbst zu unklar war. Später hat er sich von Hoffmann beschwätzen lassen.

B., dem ich diese Widersprüche mitteilte, wurde nun stutzig. Er behauptete immer wieder, es müsse Geld da sein, was ich ihm stets widerlegen konnte. So kam uns beiden der Verdacht einer Unredlichkeit bei Hoffmann oder bei seinem Verbindungsmann zu den Franzosen. Diesen Posten vermutete ich in Walter Eberhard Schopen und halte ihn auch heute noch dafür. Auf jeden Fall stimmte da etwas nicht, so daß B. die von mir erhaltenen Informationen an Herrn Vaisset (Zimmer 17 der Bergwerksdirektion), dem politischen Kopf Frankreichs im Saargebiet, weitergab. Sofort erfuhr es aber auch Hoffmann und machte mir Vorhaltungen darüber. Es war ein ständiger Kreislauf, durch den auch von mir absichtlich mitgeteilte unwichtige Dinge wörtlich zurückgelangten. B. war darüber mit Recht empört und beschloß, da Vaisset sowieso nicht auf die Warnung reagierte, sondern fest an Hoffmann glaubte, diesem nichts mehr zu sagen. Vielleicht auch hielt er meine Angaben für unwahr oder wenigstens stark übertrieben. Da kam mir zufällig von einer anderen Seite Hilfe. Gelegentlich einer Aussprache zwischen Heinrich Imbusch jun. und mir teilten wir uns unsere Bedenken über Hoffmanns ehrliche Absichten im Abstimmungskampf mit. Imbusch meinte, Schopen beeinflusse Hoffmann ungünstig. Leider sei er nicht so leicht zu beseitigen, weil er anscheinend Hoffmanns Geldquellen kenne. Nun erzählte ich ihm von meinen Feststellungen. Imbusch war nicht weiter überrascht, denn das Märchen von dem Großen Unbekannten oder geheimnisvollen Geldgeber glaubte er dem Hoffmann nicht, sondern hatte von sich aus richtig auf die Franzosen getippt. Wir besprachen einen Plan, die Franzosen aufmerksam zu machen, daß ihr Geld anscheinend für den gedachten Zweck nicht verwendet würde. **Auch sein Vater, Imbusch sen., so meinte er, sei nicht mehr von Hoffmanns Ehrlichkeit restlos überzeugt und habe sich deshalb bereits zurückgezogen.** Der alte Imbusch war auch nicht mehr bei der „NSP." zu sehen. Hoffmann, so war unsere Ansicht, müsse von Eberhard befreit werden, und zwar von einer Seite, die den größten Einfluß auf Hoffmann habe, von seinen Geldgebern, also den Franzosen. Zu diesem Zweck wünschten die beiden Imbuschs eine „zufällige Begegnung" mit Baucher. B. war, nachdem er vorher bei Vaisset die Genehmigung dazu erhalten hatte, gern damit einverstanden. So kamen verabredungsgemäß Imbusch Vater und Sohn rein „zufällig" an einem Vormittag Ende September oder Anfang Oktober nach dem Forsthaus am Deutschmühlenweiher, wo zehn Minuten vorher auch „rein zufällig" B. und ich Platz genommen hatten. Aus Vorsicht verließen wir vier schon nach einer Viertelstunde das Lokal, fuhren mit dem mir zur Verfügung stehenden Wagen (Saar 17 555) bis zum Drahtzugweiher, um auf dem Stieringer Weg auf und ab zu spazieren. Ohne große Vorreden ging ich auf den Zweck des Zusammentreffens los, und wir vier tauschten unsere Bedenken über Hoffmann, Schopen und die vielen Unstimmigkeiten aus. B. bekam nun alles das bestätigt, was ich ihm bereits erzählt hatte, so auch, daß die Deutsche Front Schopens belastete Vergangenheit kenne und diese Kenntnis sicherlich eines Tages zum Schaden der „NSP." verwerten würde.

Das Ergebnis der Unterredung war, daß B. unter Ausschaltung Vaissets nach Paris berichten sollte, wie die Dinge ständen und für Abhilfe dringend gesorgt werden müsse. Vor allem sollte Schopen verschwinden. Imbusch sen. wollte ebenfalls über einen Deputierten aus dem Elsaß, einen Arbeiterführer, den er von früher her kannte, französische Regierungsstellen auf diese Mißstände aufmerksam machen. Wenn Schopen, so war die Auffassung, beseitigt sei, wäre Hoffmann seinem schlechten Einfluß entzogen und könnte dann mit dem alten Imbusch endlich an die Parteigründung gehen.

So entstand das sogenannte Rossenbecksche Dokument. Um einen sicheren Erfolg zu erzielen, hat außer Baucher, wie mir dieser sagte, ein anderer Grubeningenieur, der Chefprinzipal Herr de Gaulle, bei einer anderen Stelle ebenfalls in Paris dasselbe unternommen. Ob es das gleiche Dokument war, weiß ich nicht. Inhaltlich wird es aber dasselbe sein. Herr de Gaulle und B. bestätigten dies dem Imbusch jun. und mir Ende November 1934 in der Wohnung des B., Luisenthal, Provinzialstraße 20. Bei dieser Unterredung erwähnte de Gaulle, daß er in dieser Angelegenheit persönlich in Paris gewesen sei, und auch B. sprach davon, selbst noch hinzufahren. Er war auch dort gewesen. Nachdem Wochen vergangen waren und diese Aktion nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, erfuhr ich von Imbusch jun., der mich bisher über alle wichtigen Vorgänge innerhalb der „NSP." zur Weitergabe an die Franzosen unterrichtet hatte, nichts mehr. Die Angelegenheit schien eingeschlafen zu sein, bis dann die Veröffentlichung in der Deutschen Front erfolgte.

Am 4. 12. 1934 hatte ich mit H. eine Aussprache, die eine gütliche Trennung zwischen uns zum Ziele hatte. Am Abend sollte ich wiederkommen, doch war er kurz vorher dringend abgerufen worden. Tags darauf reiste ich in einer anderen Angelegenheit nach Frankreich, war auch am 6. 12., dem Tag der Veröffentlichung des Dokumentes, noch nicht zurück. Ich erfuhr davon erst durch eine Zeitung auf meiner Rückreise in Metz, d. h. ich las die Berichtigung der „NSP." gegen das Dokument. In der Zwischenzeit hatte sich mit meiner Frau folgendes abgespielt. Wir wohnten vorübergehend bei Imbusch jun. Meine Frau kam am 6. abends spät ahnungslos von einem Besuch zurück und hörte von Frau Imbusch von der Veröffentlichung. **Nachts gegen ½3 Uhr kam Imbusch jun. wie üblich angeheitert nach Hause und machte meiner Frau einen fürchterlichen Auftritt. „Ich sei ein Deutsch-Front-Spitzel, er werde mich niederknallen, wenn er mich träfe usw. . . ." Dabei hantierte er ständig mit seinem Revolver in der Tasche herum.** Meine Frau ist sehr herzleidend und bekam durch dieses unglaublich rohe Benehmen Herzkrämpfe. Frau Imbusch war um ihr Leben besorgt, wirkte auf ihren Mann ein, der dann auch etwas Vernunft annahm. Dies alles tat Imbusch nur, obgleich es sich hier um unsere gemeinsame Aktion handelte. Ich hatte ihn auch noch vor meiner Abreise von dem mir bekannt gewesenen Geldschrankeinbruch unterrichtet, was ihn zu der hämischen Bemerkung veranlaßte, daß dies vielleicht für diese peinlich werden könnte. Er sagte noch zu meiner Frau, daß am nächsten Morgen mein Name in der „NSP." genannt würde. Daran könnte und wollte er nichts ändern. Die Berichtigung sei von Schopen, Hagn und Cartal verfaßt — Hoffmann war verreist —, ihn habe man dabei ausgeschlossen. Hinterher habe er sie aber gebilligt. Er sagte weiter zu meiner Frau, daß nun noch fehle, wenn ich zur Deutschen Front ginge, um dort von dem Zusammentreffen zwischen ihm, seinem Vater und dem französischen Ingenieur zu erzählen. **Für Deutschland seien sie (Imbuschs) bereits erledigt, dann aber hätten sie auch hier keine Bleibe mehr. Weiter drohte er noch, daß 130 hinter ihm stehende Männer des sozialistischen Schutzbundes mich für einen Spitzel der Deutschen Front hielten, und er für nichts garantiere.** Erna Imbusch, die über die Zusammenhänge unterrichtet ist, riet meiner Frau, mich in Forbach abzufangen, damit nichts Unüberlegtes geschehe. Dort fand ich sie bei meiner Rückkehr und hörte, was sich zugetragen hatte. Ich rief B. sofort an, und wir vereinbarten am Sonntag meinen Besuch in seiner Wohnung. Unsere Aussprache hatte zum Ergebnis, daß ich keine Berichtigung von der „NSP." verlangen, sondern ruhig bleiben sollte. Ueber Imbuschs Verhalten und Drohen war er empört und wollte es als völlig widersinnig nicht glauben. Er versprach mir, über Vaisset auf Imbusch wirken zu lassen, daß dieser keine Torheiten begehe. Wir trafen uns am nächsten Abend am Proviantamt und dann bis zu meiner Abreise fast jeden Tag. Er berichtete, daß Vaisset meine Befürchtungen für übertrieben hielt. Ich widerlegte ihm dies durch inzwischen festgestellte Tatsachen. Er versprach mir nochmals, Vaisset zu informieren und bat mich dringend, ruhig zu bleiben. **Auf mein Verlangen, daß H. in seiner Zeitung eine Berichtigung bringen müsse, damit ich nicht länger als Verräter gelten würde, antwortete B.: „Das kann H. nicht tun, weil sonst die Angelegenheit des Dokumentes eine andere Wendung nehmen würde."** Ich erwiderte ihm, daß H. mir wenigstens etwas schriftlich in die Hand geben sollte, damit ich mich vor meinen nächsten Bekannten rechtfertigen könne. B. hielt es für fraglich, ob H.

das tun würde. Ich sagte ihm, daß ich ihn auf Grund des Pressegesetzes dazu zwingen könne, worauf mir B. erwiderte, **er könne nur dann für mich sorgen und mir persönlich helfen, wenn ich mich ruhig verhalte. Sobald ich einen Eklat hervorrufen würde, würde er mich nicht mehr kennen.** Es folgten dann noch mehrere Zusammenkünfte, deren Gespräche ich alle sofort hinterher fast wörtlich niedergeschrieben habe. Meist war auch meine Frau Zeuge der Gespräche. Es waren Beruhigungen von B. und die Empfehlung, nach Frankreich zu gehen, um dort in Ruhe und Sicherheit den 14. Januar abzuwarten. Ich schlug vor, in die Schweiz zu einer Tante meiner Frau zu fahren und bekam von B. dafür das Reisegeld. Er gab mir beim Abschied sein Wort darauf, dafür Sorge zu tragen, daß Hoffmann mir mein Novembergehalt schicken werde.

Sehr geehrter Herr Pastor, wenn Sie den Inhalt dieses Briefes, den ich, um jeden Zweifel zu beseitigen, durch meinen Eid in Form einer eidesstattlichen Versicherung bekräftige, genau in sich aufgenommen haben, werden Sie verstehen, daß Herr Rossenbeck berichtigen konnte: „Er sei weder Verfasser noch Absender des Dokumentes und habe dieses auch nicht abgeschickt." Gewußt hat er davon und seinen Inhalt sicherlich gekannt.

Gelogen hat die „Neue Saar-Post" in ihrer Berichtigung.

Die Berichtigung Rossenbecks vom 7. 12. 1934 ist wohl richtig, denn er ist weder Verfasser noch Absender, auch nicht der Unterschriftleistende in diesem Dokument. Es ist auch richtig, daß R. mit dieser Sache nichts zu tun hatte. Wohl wußte er davon und kannte sicherlich den genauen Inhalt des Dokuments. **Das Dementi verschweigt allerdings, daß ein Kollege Rossenbecks, Herr Baucher, und Herr de Gaulle die Beschwerdeschrift verfaßt bzw. abgesandt haben.**

Nicht wahr ist dagegen, daß ich wegen meiner Verbindung zu der „Saar-Post" fernstehenden Kreisen fristlos entlassen worden bin. Hoffmann erfuhr davon bereits Anfang Oktober und hat darnach verschiedentlich mit mir wegen meiner angeblichen Belastung durch die Verbindung zu den Franzosen über meine weitere Verwendungsmöglichkeit in einer anderen Gegend des Saargebietes verhandelt. Einen ernsthaften Zusammenstoß hatten wir durch meinen Brief vom 29. 10. 1934, in dem ich Andeutungen machte, die ich in der darauffolgenden Aussprache erläuterte, indem ich Hoffmann auf die Verbindung mit der „Neuen Saar-Post" und den Franzosen aufmerksam machte, also nicht meine, sondern seine Verbindung zu den Franzosen vorwarf. Eine Entlassung wurde auch damals nicht ausgesprochen.

Nicht wahr ist weiter, daß zwischen der „Neuen Saar-Post" bzw. dem später gegründeten deutschen Volksbund und den französischen Grubenbeamten keine Beziehungen bestänben, denn Eberhard-Schopen kennt Rossenbeck, Imbusch sen. und jun. haben mit Baucher verhandelt. Imbusch jun. war in der Wohnung des Baucher mit diesem und Herrn de Gaulle zusammengetroffen.

Nicht wahr ist, daß die Darstellungen der inneren Zustände der „Neuen Saar-Post" entstellt oder gelogen sind. Diese Darstellung wurde von Imbusch jun. und mir an Herrn Baucher gegeben und entspricht der Wahrheit.

Was ich nicht genau wußte, war die Höhe der monatlichen Summe von 120 000 Frs. für die „Neue Saar-Post", die von Baucher eingesetzt ist. Ich halte sie für richtig, sagte doch Hoffmann, als ich ihm den Kampffonds für den Volksbund mit 200 000 Frs. pro Monat festsetzte, daß er soviel nicht auf einmal für die Zeitung zur Verfügung habe. Ich wüßte auch nicht, warum Baucher, dessen Bericht sich sonst wahrheitsgemäß an unsere Angaben hielt, hier falsche Zahlen nennen sollte. **Zu diesen 120 000 Frs. für die Zeitung kommen dann seit August oder September, vielleicht auch schon seit dem Juli, die Gelder für den Volksbund. Hoffmann hat selbst zugegeben, 40—50 000 Frs. pro Monat zur Verfügung zu haben. Baucher meinte, als ich ihm dies sagte: „Na ja, es ist schon etwas mehr."**

Sehr geehrter Herr Pastor, Sie werden feststellen müssen, daß man mit journalistischen Kniffen etwas dementieren kann, was gar nicht behauptet war.

Meine Beweisführung, die ich durch Zeugen und Einzelheiten noch genau belegen kann, dürfte Ihnen die Gewißheit geben, daß meine Behauptung eingangs dieses Briefes wahr und richtig ist. Es geht hier nicht darum, daß die Franzosen Propagandagelder für die Saar auswerfen. **Wesentlich ist, daß Joh. Hofmann sein Deutschtum ständig im Munde führt, alles Französische nach außen hin verpönt, aber im übrigen Gelder annimmt, über deren französische Herkunft er nicht im Zweifel sein kann. Daß er, wie er immer so treu behauptet, von einem Franzosen keine Gelder annimmt oder annehmen würde, glaube ich ihm gern. Dafür ist er viel zu gerissen. Er wird dies unter Umständen auch beeidigen, ohne juristisch einen Meineid zu leisten. Da stecken stets ein oder mehrere Mittelsmänner zwischen. Daß er aber an einen geheimnisvollen Geldgeber, den er nicht zu Gesicht bekommt, nach dessen Direktiven er sich, wie genügend festgestellt ist, genau richten muß, innerlich glaubt, na, dafür ist Johann Hoffmann nicht mehr harmlos genug. Ich habe bei meinen Begegnungen mit Baucher in den letzten Wochen mehrfach den Hoffmann und den Schopen und die Imbuschs als Lumpen bezeichnet, ohne bei B. einen Widerspruch zu finden. Hoffmann hat nicht nur französische Gelder genommen, sondern — und das ist charakteristisch für ihn — diese nicht einmal für den gedachten Zweck verwendet.** Darum entstand ja auch das Bauchersche Dokument. Er hat die Franzosen betrogen und die Mitglieder des Volksbundes. Den Subsidien der Franzosen von monatlich mindestens 50—60 000 Frs. für den Volksbund stehen monatliche Ausgaben von höchstens 10—15 000 Frs. gegenüber. Dazu kommen dann noch die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und

Devisen-Freigrenze für Saar-Abstimmungsberechtigte

Um den an der Saarabstimmung teilnehmenden Abstimmungsberechtigten die Beschaffung und die Mitnahme der für ihren Aufenthalt im Saargebiet benötigten Devisenbeträge auf einfachste Weise zu ermöglichen, hat der Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung am 22. Dezember 1934 mit Runderlaß 170/34 DSt. auf Grund des § 21 Absatz 3 DevVo. in der Fassung der Verordnung vom 29. September 1934 folgendes angeordnet:

Jeder Abstimmungsberechtigte kann französische Franken bis zum Wert von 25 M. gegen Vorzeigen seines Reisepasses und der Mitteilung, daß er in die vorläufigen Listen eingetragen ist, oder des endgültigen Abstimmungsausweises ohne besondere Genehmigung bei den Devisenbanken oder Wechselstuben erwerben und die erworbenen französischen Franken oder Scheidemünzen bis zu 25 M. bei der Reise zur Abstimmung in das Saargebiet mitnehmen. Einer Dringlichkeitsbescheinigung der Ortspolizeibehörde bedarf es nicht. Die Mitnahme eines höheren Betrags, auch in inländischen Scheidemünzen, ist unzulässig, gleichgültig, ob die Mitnahme auf Grund der allgemeinen Bestimmungen über die Freigrenze einer Dringlichkeitsbescheinigung der Ortspolizeibehörde oder einer besonderen Genehmigung erfolgen soll. Die Devisenstellen haben daher sämtliche diesbezüglichen Anträge unter Hinweis auf die obige Regelung abzulehnen. Eine vor der Abstimmung bereits erfolgte Inanspruchnahme der Freigrenze ist auf die Zulässigkeit des Erwerbs und der Mitnahme der genannten Beträge ohne Einfluß. Die Devisenbanken und Wechselstuben werden ermächtigt, Abstimmungsberechtigten, die sich in der genannten Weise ausweisen, französische Franken bis zum Wert von 25 M. gegen Eintragung im Reisepaß mit dem besonderen Vermerk „Saarabstimmung" auszuhändigen. Auf Anforderungen, die an die Reichsbank mit dem besonderen Vermerk „Saarabstimmung" zu richten sind, werden den Devisenbanken und Wechselstuben die von ihnen für diese Zwecke hergegebenen Devisenbeträge wieder zur Verfügung gestellt, nötigenfalls im voraus bereitgestellt werden. Die Bemessung im voraus zuzuteilender Beträge und die Bestimmung vorher oder nachträglich vorzulegender Nachweisungen stehen im Ermessen der Reichsbank.

Spenden. Weiterhin darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Reise von Hoffmann und Pastor Weber in Ballweiler nach England auch ganz einträglich gewesen ist. Ich sprach seinerzeit mit einer im Saargebiet wohnenden englischen Journalistin darüber. Diese wußte von der Englandfahrt und war der Ansicht, daß jenes Komitee, welches die Herren zu der weiten Reise aufgefordert habe, diese kaum ohne einen anständigen Scheck entlassen werde. **Wo sind alle diese Gelder hingekommen? Heinrich Imbusch jun. gab die Antwort drauf. Hoffmann, so meinte er, habe für alle Fälle vorgesorgt und habe bereits ein anständiges Konto in Holland oder in der Schweiz.**

Und noch etwas, Herr Pastor. Die „Neue Saar-Post" betont stets ihren christlich-katholischen Charakter. Vergleichen Sie bitte damit die nachstehend aufgeführte

Zusammenstellung des Redaktions- und Verlags-Personals

und urteilen Sie dann selbst.

Walter Eberhard-Schopen, der Manager innerhalb der Saar-Post, ist inzwischen so bekannt geworden, daß sich jedes weitere Wort erübrigt.

Gottlieb Cartal, Geschäftsführer der „NSP.", Emigrant mit Steckbrief, Marxist. Zuletzt Geschäftsführer des SPD.-Organs in Braunschweig.

Leverberg, Expedient, Emigrant, Marxist.

Russow, Pressetelegraphist, Marxist.

Frl. Kaul, Redakteurin für Frauenteil und Feuilleton, Marxistin. War 7 Jahre Sekretärin bei Matz Braun.

Frl. Schwitzgäbel, Redaktionsmitglied, Emigrantin, Marxistin.

Storch, Setzermeister, verantwortlich für den Inseratenteil, alter Marxist.

Cartal jun. I, Sohn des Geschäftsführers, Leiter der christlichen Buchhandlung der „NSP." in der Viktoriastr. 25, Emigrant, Marxist.

Cartal jun. II, ebenfalls Sohn vom Geschäftsführer, Maschinensetzer, Emigrant, Marxist.

Süß, alleiniger Anzeigenwerber, Marxist, Emigrant.

Hartmann, Chauffeur von Hoffmanns Personenwagen, Marxist.

Bieber, Chauffeur des Lieferwagens, Marxist.

Das übrige technische Personal setzt sich, soweit mir in der Hauptsache bekannt ist, auch aus Marxisten zusammen. Nicht-Marxisten sind außer den 3—4 Büromädchen, Heinrich Imbusch jun., der politische Redakteur, aber kein Saarländer. Dr. Bittner, der Wirtschaftsredakteur, ist Oesterreicher. Nur Hugo Hagn ist Saardeutscher, wenn auch nicht abstimmungsberechtigt. Hagn ist auch der einzige, dessen Namen unangefochten im Impressum erscheinen kann. Er muß für alle und alles den Kopf hinhalten.

Mit dieser Feststellung soll keinesfalls jeder der Genannten als Marxist oder gar persönlich getroffen werden. Nein, das ist es nicht. Aber eine Zeitung, die für das Christentum zu kämpfen sich so sehr ereifert, wie die „Neue Saar-Post", sollte in den Monaten ihres Bestehens bei etwas gutem Willen Hoffmanns Gelegenheit gefunden haben, sich auch nach dieser Richtung hin etwas christlicher zu gestalten. Oder könnten Sie sich den umgekehrten Fall vorstellen?

Sehr geehrter Herr Pastor, nun wissen Sie, wie es um den Deutschen Volksbund und die „Neue Saar-Post" steht. Aber nicht Sie allein sollen es wissen, sondern möglichst viele Geistliche und Laien, die im Glauben an eine ehrliche und gerechte Sache aus ihrem ruhigen Leben hervorgetreten sind, um sich als Kämpfer hinter Hoffmann zu stellen.

Mancher hat an das Programm und an die Parole der Verfechter der Status-quo-Idee geglaubt, die da immer sagen, wir wollen den Status quo, damit die Saar eines Tages in ein freies Deutschland zurückkehren kann.

Was steht aber in Wirklichkeit hinter diesem Schlagwort von Status quo?

Doch wahrhaftig nichts anderes als eine Arbeit für Frankreich, nichts anderes, als ein Verrat am Saarvolke, das nicht den Status quo erhalten will, sondern Frankreich zugeschanzt werden soll. Ich habe auf Grund meiner bisherigen Tätigkeit keine Verbindung mit der Deutschen Front gehabt, ich bin nicht Mitglied der Deutschen Front, ja,

ich bin Emigrant, und ich kenne das Schicksal des Emigrantentums, und ich möchte aus ehrlichstem Herzen nud ehrlichster Ueberzeugung die Saarländer warnen vor diesen Leuten, die mit dem Wort für den Status quo auf den Lippen im Herzen bereits das Land an Frankreich verraten haben. Mir tun die armen Mitläufer leid, die Menschen, die nicht wissen, was hinter den Kulissen vorgeht und die den Werbemethoden der Führenden und Wissenden blindlings vertrauen.

Als Emigrant habe ich mein Vaterland verloren. Im Saargebiet haben mich diese Herren Hoffmann, Imbusch usw. als Verräter verleumdet und Frankreich . . .? Für Frankreich gelten wir alle nur solange etwas, als wir ihm nützen, in diesem Falle bis zum 13. Januar 1935.

Herr Baucher hat mir im Einverständnis mit Herrn Rossenbeck das Reisegeld für die Schweiz gegeben, er vermeidet es aber, irgendeine amtliche französische Stelle mit meiner Person zu identifizieren und hat mir den geforderten Sauve-Conduit (Hilfspaß) für meine Durchreise durch Frankreich verweigert. **So geht es mir bereits vor dem 13. Januar, wie soll es später erst werden.** Ich bleibe deshalb lieber bei Freunden, die bisher der Status-quo-Bewegung angehörten, im Saargebiet. Warnen möchte ich aber jeden, dem vielleicht nach dem 13. Inuar das gleiche Schicksal blüht. Er kann es nun mit seinem Gewissen und seiner Verantwortung gegenüber Familie und Heimat selbst abmachen, ob er diesen „Führern" weiter folgen will.

Mit freundlichem Gruß

Ihr ganz ergebener

Fritz Kriesbach.

II.

An den Herrn Landesleiter der Deutschen Front,
Jakob Pirro, Saarbrücken.

Saarbrücken, den 28. Dezember 1934.

Sehr geehrter Herr Landesleiter!

Ich schicke Ihnen im Durchschlag ein Schreiben, das ich an Herrn Pfarrer . . . . . im Saargebiet richtete. Ich war lange in der „Saar-Post" in der Werbung und später als Organisator der neuen Partei Deutscher Volksbund tätig. Daraus können Sie entnehmen, daß ich nicht in irgendeiner Beziehung zur Deutschen Front stand und stehe. Nun sind mir Dinge zu Ohren gekommen, die nicht nur für mich, sondern für alle den klaren Beweis erbringen, **daß Hoffmann und Genossen für Frankreich arbeiten, das heißt diese Leute belügen und betrügen das arme Saarvolk mit der verlogenen Parole von einem Status quo, der später in ein freies Deutschland einmünden sollte, während sie in Wirklichkeit, wie Sie aus der Anlage ersehen werden, mit französischem Gelde bezahlt werden, um das Saargebiet an Frankreich zu verkaufen und zu verraten. Ich bin keiner der Ihrigen, aber diese furchtbare Lumperei, diesen unerhörten Betrug an einem anständigen Volk kann ich nicht mehr mitmachen, gleich, was mit mir geschehe. Nur eine Bitte habe ich an Sie: Lassen Sie die Irregeführten, die von den Hintergründen dieses Manövers nichts wissen, nicht vergelten, was die Drahtzieher allein verbrecherisch verschuldet haben.**

Herr Pirro, diese Leute sind unschuldig, sie wissen nicht, wozu sie mißbraucht werden, und ich bin selbst überzeugt, daß gerade diese Menschen einen anderen Weg gehen werden, wenn sie erfahren haben, daß das Status-quo-Blatt und die Status-quo-Partei nichts anderes sind als das Werkzeug Frankreichs. Ergebenst (gez.) Fritz Kriesbach.

III.

An die Landesleitung der Deutschen Front,

Saarbrücken, Waterloostraße 11 a.

Sehr geehrter Herr Landesleiter!

Nach allem, was ich in den letzten Tagen erfahren habe über die Finanzierung der „Neuen Saar-Post" halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, für die Pflicht eines anständigen Deutschen, Ihnen mitzuteilen, daß ich in der Redaktion einer von französischen Geldern finanzierten Zeitung nicht weiter arbeite. Ich habe gesehen, daß man mit meinem Namen im Impressum der „Neuen Saar-Post" Schindluder getrieben hat.

Ich dachte, für eine große Idee zu kämpfen, aber ich wollte nie französische Interessen unterstützen. Ich habe nicht die Absicht, zu Ihnen überzulaufen, aber ich halte es für meine Pflicht, den Mitgliedern der Deutschen Front durch mich mitteilen zu lassen, wie es in Wirklichkeit um die „Neue Saar-Post" und den Deutschen Volksbund bestellt ist. Welchen Weg Sie dazu wählen, ist mir gleichgültig. Ich wollte Ihnen nur die Wahrheit sagen.

Heil Deutschland! Hugo Hagn,
ehem. verantwortlicher Redakteur der „Neuen Saar-Post".

IV.

An Herrn Chefredakteur Joh. Hoffmann,

Saarbrücken 1, Hohenzollernstr. 41.
30. Dezember 1934.

Herr Hoffmann! Bisher habe ich geglaubt, was viele aus dem Saargebiet auch geglaubt haben, ich habe angenommen, daß Sie nur kämpfen für ein wahres Deutschland, daß Sie nur deshalb für den Status quo eintreten, weil Sie der Ueberzeugung sind, daß in Deutschland die Belange der Katholiken nicht wahrgenommen werden. Ich habe wirklich geglaubt, daß es Ihnen um den deutschen Katholizismus ginge und um die Kirche, und ich meinte stets, daß Sie mit Ihrem Kampf nichts anderes erreichen wollten, denn ein christliches Deutsches Reich.

Herr Hoffmann, daran glaubte ich von Anfang meiner Tätigkeit bei der „Neuen Saar-Post" bis heute, und heute glaube ich an alles das nicht mehr. Mir haben Sie erzählt, daß die Gelder von saarländischen Katholiken kämen, daß auch deutsche Katholiken unsere Zeitung unterstützen würden. Sie haben mir erzählt, daß hinter der „Neuen Saar-Post" finanziell die Pastöre stünden. Herr Hoffmann! Ich habe Ihnen geglaubt, weil ich meinte, Sie von früher zu kennen. In diesem guten Glauben ging ich mit Ihnen. Ich habe meinen Namen dazu gegeben. Dieser Name war bekannt genug, im ganzen Saargebiet und auch darüber hinaus. Aus ehrlicher Ueberzeugung war ich Redakteur dieses Blattes, weil ich glaubte, es ginge um Deutschland.

Das nun habe ich nicht gewußt, daß das Saargebiet an Frankreich verschachert werden sollte. Das habe ich nicht gewußt, daß Sie, Herr Hoffmann, aus meinem Idealismus und dem vieler Ihrer Mitarbeiter sozusagen ein Geschäft machten. Bis dahin ging ich mit, weil ich glaubte, einer Idee zu dienen, die das Reich will. Bis dahin.

Jetzt aber mußte ich mir in einem Gespräch mit Herrn Baucher — Sie kennen den Namen ja sehr gut — bestätigen lassen, daß alles dies kein Idealismus von Ihnen war, daß Sie uns, Ihre Mitarbeiter, betrogen haben, daß Sie denen da draußen, den Bergleuten auf den Dörfern, etwas vorgemacht haben, was man nur mit Schwindel bezeichnen kann. Schwindel deshalb, weil es Ihnen nicht um den Katholizismus ging, und weil es Ihnen auch nicht um Deutschland ging. Schwindel deshalb, weil Sie die Gelder, die notwendig waren zur Erhaltung der „Neuen Saar-Post", sich von der französischen Bergwerksdirektion geben ließen.

Ich glaubte nicht an die Echtheit des Dokumentes des Herrn Rossenbeck. Heute weiß ich, daß dieses Dokument echt ist und daß es noch lange nicht alles enthält, was zu der ganzen Angelegenheit noch zu sagen wäre. Heute weiß ich, woher das Geld kam. Herr Hoffmann! Das kann ich nicht mitmachen. Mag sein, was will, ich meine Deutschland und ich meine das Christentum, ich meinte nicht die französische Bergwerksdirektion und nicht die französische Propaganda.

Doch zu den Tatsachen. Ich war mit meiner Frau und Herrn Fritz Kriesbach in der Wohnung des Ingenieur-Divisionär der französischen Bergwerksdirektion, Jean Baucher, Luisenthal, Provinzialstraße 20. Er bestätigte mir, was ich nie für möglich gehalten hätte. So erzählte er mir, daß sich Heinrich Imbusch sen. und Imbusch jun. am Drahtzugweiher mit ihm getroffen haben (aber Herr Hoffmann, „Wir haben keine Verbindung mit den Franzosen"). Die Herren unterhielten sich über die Verwendung der Gelder, die von der französischen Bergwerksdirektion, ich weiß nicht, von welcher Stelle, gegeben worden sind.

Bei Ihnen bestand der Verdacht, daß die für die „Neue Saar-Post" ausgeworfenen Gelder in eine falsche Tasche geflossen seien. Der Ingenieur-Divisionär der französischen Bergwerksdirektion, Jean Baucher, sagte mir außerdem im Laufe des Gesprächs, daß für den Deutschen Volksbund jeden Monat französisches Geld gegeben wird, und weiter hat er mir vor Zeugen bestätigt, daß die Unterredung am Drahtzugweiher den Zweck hatte, den Geldgeber zu veranlassen, die französischen Gelder der richtigen Verwendung zuzuführen. Aus diesem Motiv heraus ist ja auch das sogenannte Rossenbecksche Dokument entstanden, und weiter bestätigte dieser Franzose mir, daß Ende November 1934 Heinrich Imbusch jr. in seiner Wohnung gewesen ist, und daß in Gegenwart von Baucher, dem Chef Principal de Gaulle und Kriesbach über die Wirkung des Dokuments gesprochen wurde.

Das besagt doch nichts anderes, als daß die französischen Geldgeber auch heute noch der Meinung sind, daß Sie, Herr Hoffmann, die französischen Gelder noch immer nicht so verwenden, wie sie nach Ansicht der Geldgeber verwendet werden sollen. Bei dieser Unterhaltung, die mir wirklich alles andere als angenehm war, fiel auch der Name des Herrn Rossenbeck, den Sie ja persönlich nicht kennen.

Herr Baucher verwies wegen des rückständigen Gehalts und eines Zeugnisses für Herrn Fritz Kriesbach ohne weiteres an Rossenbeck. Der werde alles erledigen.

Herr Hoffmann, der französische Chef-Ingenieur, hatte recht, als er mir sagte:

Das alles ist eine unsaubere und unangenehme Angelegenheit. Er hat recht.

Aber darüber werden wir uns noch an anderer Stelle sprechen. (gez.) Hugo Hagn.

Wer ist der Verurteilte im Separatisten-Prozeß?

In dem von der Saarregierung gegen Dr. Savelkoul und zwei Mitangeschuldigte durchgeführten Prozeß, der die Machenschaften des Saarbrücker Eisenbahnpräsidenten Nicklaus zum Hintergrund hatte, kam das Oberste Abstimmungsgericht zu einer Verurteilung des angeschuldigten Dr. Savelkoul sowie der Schriftleiter Weber und Spindler zu 4000, 2000 bzw. 1000 Franken Geldstrafe „wegen Beleidigung und übler Nachrede". Die Anklage wegen Verleumdung war fallen gelassen worden. In der Urteilsbegründung wird Dr. Savelkoul das Recht der sachlichen Kritik an seinem politischen Gegner und über dessen „gefährliches und unpassendes Verhalten" zugebilligt. Es hielt aber die gebotenen Grenzen als überschritten.

Wer den Prozeßverlauf verfolgt hat, ist sich über den wirklich Verurteilten völlig im klaren. Es ist der Nebenkläger Eisenbahnpräsident Nicklaus, von dem die Urteilsbegründung sagt, daß er zu den politischen Gegnern des Angeklagten Dr. Savelkoul zählt. Damit brachte das Oberste Abstimmungsgericht unzweideutig zum Ausdruck, daß Nicklaus zu den Separatisten zu rechnen ist.

Die Feststellungen des Gerichts in der Beweisaufnahme haben denn auch die verteidigenden Rechtsanwälte Dr. Fritz Dietz und Dr. jur. Portz veranlaßt, in einem Schreiben an den Präsidenten Knox die

Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Präsidenten Nicklaus

zu fordern. In dem Schreiben wird ausgeführt:

Die Verhandlung gegen unsere Klienten wegen Beleidigung des Eisenbahnpräsidenten Nicklaus hat nach Ansicht der Verteidigung — und diese Ansicht wird von der breitesten Oeffentlichkeit geteilt — den Beweis erbracht, daß

Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus seine Neutralitätspflicht, die ihm insbesondere durch Verordnung vom 28. 11. 1933 auferlegt ist, verletzt hat. Die Verletzung der Neutralitätspflicht ist durch § 92 c Str.-G.-B. unter Strafe gestellt und dieser Tatbestand dürfte hier erfüllt sein. Der Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus hat bei seiner eidlichen Vernehmung als Zeuge zugegeben, daß er sich öfters mit Herren wie: M. Braun, Redakteur Hoffmann, Gewerkschaftssekretär Kuhnen, Fürst Löwenstein, Pater Dörr, Waltz usw., mit denen er dienstlich keine Beziehungen hatte, in seinen Diensträumen getroffen und über separatistische Fragen unterhalten hat. Die Verhandlung hat weiter ergeben, daß Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus seiner ihm zur dienstlichen Verfügung stehenden Sekretärin, Eisenbahnobersekretärin Schwartz, politische Artikel zum Kopieren gegeben hat; er hat ferner zugegeben, daß dabei sogar dienstliches Papier und die amtliche Schreibmaschine benutzt wurde.

Wir dürfen den Herrn Präsidenten weiterhin auf folgendes aufmerksam machen:

Die von der Verteidigung geladene Zeugin, Eisenbahnobersekretärin Schwartz, die Sekretärin des Herrn Eisenbahnpräsidenten Nicklaus, hat durch ihr Verhalten vor dem Gericht zu erkennen gegeben, daß sie in der Lage ist, über die der Anzeige zugrundeliegenden Vorwürfe aussagen zu können; sie hat sich in einer Art und Weise auf ihr Dienstgeheimnis berufen, die dies klar erkennen ließ. Die Tatsache aber, daß sie sich darauf berief, setzte das Gericht außerstande, sie darüber eingehend zu befragen. Sie hat dabei insbesondere betont, man könne womöglich sogar aus ihrer Aussageverweigerung Schlüsse ziehen.

Der Verteidigung wurde es durch ihre Aussageverweigerung unmöglich gemacht, zu beweisen, daß nicht nur Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus, sondern auch andere Beamten, insbesondere der Eisenbahnobersekretär Flätgen und der Eisenbahnoberinspektor Becker im Dienst für Herrn Eisenbahnpräsident Nicklaus politische Arbeiten erledigten.

Herr Flätgen soll ebenfalls im Dienst für Herrn Eisenbahnpräsident Nicklaus Artikel für separatistische Zeitungen geschrieben haben.

Die Verteidigung bittet Sie, sehr geehrter Herr Präsident, auf Grund dieser Anzeige das förmliche Disziplinarverfahren gegen Herrn Eisenbahnpräsidenten Nicklaus zu eröffnen und gleichzeitig ein Strafverfahren gemäß § 92 c StGB. einzuleiten und Herrn Nicklaus bis zur Erledigung des Verfahrens vom Dienste zu suspendieren.

Wir bemerken noch, daß Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus gegen ihm unterstellte Beamte, die nur im Verdacht standen, im Dienst sich politisch für Deutschland zu betätigen, sofort das Disziplinarverfahren eröffnet und sie vom Dienst suspendiert hat. Wir verweisen dabei u. a. auf den Fall des Herrn Regierungsrats Dr. Schell, gegen den er, wie uns sein Anwalt auf Befragen mitteilte, als Disziplinarherr selbst sogar die Strafe der Dienstentlassung ausgesprochen hat, obwohl damals die Verordnungen betreffend Neutralitätspflicht der Beamten noch nicht erlassen waren.

Zur Wahrheitsforschung und auch im behördlich-dienstlichen Interesse liegt es daher, daß die Eisenbahnobersekretärin Fräulein Schwartz, ferner Herr Eisenbahnobersekretär Flätgen und der zur Verhandlung geladen gewesene Zeuge, Eisenbahnoberinspektor Becker, der sich gleichfalls auf seine Amtsverschwiegenheit berief, die Erlaubnis zur Aussage erhalten.

Wir benennen ferner den Leiter der Eisenbahnpolizei, Herrn Eisenbahnobersekretär Chilinsky dafür, daß Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus im Dienst sich politisch für die Separatisten betätigte.

Zum Schluß dürfen wir darauf hinweisen, daß Herr Eisenbahnpräsident Nicklaus nicht abstimmungsberechtigt ist; wir verweisen ferner auf die Erläuterung der Abstimmungskommission, die der Verordnung vom 20. 11. 1934 der Regierungskommission vorausgeschickt ist und die insbesondere einem Beamten die Rücksicht, die ihm sein Amt auferlegt, auch bei der außerdienstlichen-politischen Betätigung zur Pflicht macht.

---

57 Sonderzüge zur Beförderung der Abstimmungsberechtigten im Reich

Für die Volksabstimmung im Saargebiet kommen rund 48 500 Abstimmungsberechtigte aus dem Reichsgebiet in Betracht. Die Beförderung dieser Abstimmungsberechtigten zum Saargebiet und zurück erfolgt auf Kosten des Bundes der Saarvereine, der die ganze Organisation der Hin- und Rückbeförderung übernommen hat. Für den einzelnen Abstimmungsberechtigten ist die Beförderung unentgeltlich.

Die Beförderung geschieht auf der Hin- und Rückreise grundsätzlich mit Sonderzügen dritter Klasse. Einzelreisen mit planmäßigen Zügen sind nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zulässig. Die Rückreise dagegen kann beim Vorliegen ausreichender Gründe im größeren Umfange mit planmäßigen Zügen ausgeführt werden. Die Entscheidung über etwaige Sonderwünsche der Reisenden über — nur in dringlichsten Fällen mögliche — freizügige Reisen für die Hinfahrt und über die Benutzung der zweiten Wagenklasse liegt grundsätzlich beim Bund der Saarvereine als dem Veranstalter dieser Reisen.

Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß die Mitnahme von nichtabstimmungsberechtigten Angehörigen nicht möglich ist. Auch Kinder müssen in der Regel zu Hause gelassen werden. Sie werden, soweit andere Familienmitglieder nicht vorhanden sind, von der NS.-Volkswohlfahrt für die Dauer der Abwesenheit der Eltern betreut werden.

Nur in ganz besonderen Fällen kann die Mitnahme von Kleinstkindern gestattet werden. Eine Entscheidung hierüber liegt ausschließlich bei den Organen des Bundes der Saarvereine.

Zur Bewältigung des Abstimmungsverkehrs aus dem Reich sind 57 Sonderzüge aus allen Gegenden Deutschlands vorgesehen. Die Sonderzüge aus mittleren und weiten Entfernungen sollen am Freitag oder Sonnabend vor der Abstimmung im Saargebiet eintreffen und am Montag, teilweise auch erst am Dienstag, das Saargebiet wieder verlassen. Die Züge aus der Nahzone werden dagegen erst am Sonntag ins Saargebiet fahren und am gleichen Tage abends wieder zurückgeführt werden. Bei der Besetzung der Züge wird durch eine straffe Organisation dafür Sorge getragen, daß jeder Mitreisende einen bequemen Platz bekommt. Die Züge werden auch keine übermäßige Länge erhalten, damit die Gewähr für eine genügende Erwärmung auch der letzten Wagen des Zuges gegeben ist. Da die Sonderzüge aus betrieblichen Gründen keine Gepäckwagen mit sich führen können, ist die Mitnahme von großem Reisegepäck nicht möglich. Die Reisenden sind vielmehr auf die Mitnahme von Handgepäck angewiesen. Zur Vermeidung von Unbequemlichkeiten in den Sonderzügen und gegebenenfalls beim Umsteigen wird gleichzeitig dringend empfohlen, die Mitnahme von Handgepäck soweit als möglich zu beschränken.

Krankenfahrstühle usw. werden gegebenenfalls in Saarbrücken zur Verfügung gestellt. Dahingehende Wünsche sind alsbald bei dem zuständigen Ortsgruppenleiter des Bundes der Saarvereine vorzubringen.

Jeder Sonderzug wird von einem vom Bund der Saarvereine ernannten Transportleiter begleitet; daneben wird für jeden Wagen ein Obmann bestellt. Weiter werden seitens der Reichsbahn den Sonderzügen besondere beamtete Begleiter mitgegeben werden, so daß jede Gewähr für eine

reibungslose und zufriedenstellende Durchführung der Züge gegeben ist. Zur Durchführung der Reisen werden

besondere Fahrausweise,

sogenannte Beförderungsscheine, ausgegeben. Sie gelten für die Gesamtstrecke, die der Reisende zurückzulegen hat. Es ist also auch eine etwaige Anfahrtsstrecke zum Sonderzug und die Abfahrtsstrecke im Saargebiet vom Sonderzug zum Bestimmungsbahnhof sowie die gesamte Rückfahrt einschließlich etwaiger Schnellzugszuschlagskosten usw. eingeschlossen.

Die Saarbahnen haben die Anwendung des vorhin bezeichneten Beförderungsscheines für ihre Bahnen abgelehnt; Schwerkranke oder Schwerbeschädigte, die mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand fahrplanmäßige Züge benutzen können, müssen daher für die (im allgemeinen nur sehr kurzen) Eisenbahnstrecken innerhalb des Saargebiets Fahrkarten nachlösen. Das saarländische Zugbegleitpersonal ist verpflichtet, bei der Nachlösung auch deutsches Geld anzunehmen.

Anträge auf Ausstellung der Beförderungsscheine sind von den Obmännern und Ortsgruppenleitern des Bundes der Saarvereine im Benehmen mit dem Abstimmungsberechtigten auszufüllen und dem Transportleiter der einzelnen Züge einzureichen. Die ausgestellten Beförderungsscheine werden sodann durch die Obmänner den Abstimmungsberechtigten rechtzeitig zugestellt.

Die Entscheidung darüber, in welcher Weise die Reise von den einzelnen Abstimmungsberechtigten auszuführen ist, liegt ausschließlich bei den Organen des Bundes der Saarvereine. Es hat daher keinen Zweck und bringt nur unnötigen Schriftwechsel und Verzögerungen mit sich, wenn sich die Abstimmungsberechtigten wegen des Fahrausweises usw. an andere Stellen, z. B. die Reichsbahn, wenden.

Zur ordnungsmäßigen Abwicklung des ganzen Verkehrs muß vielmehr unbedingt darauf gehalten werden, daß die Abstimmungsberechtigten ihre Wünsche rechtzeitig, d. h. bei der Ausfüllung der oben erwähnten Antragsformulare durch die Ortsgruppenleiter und Obmänner vorbringen. Nur wenn von den Abstimmungsberechtigten in jeder Beziehung strenge Disziplin gehalten wird, ist die glatte und zufriedenstellende Durchführung der Abstimmungsreisen gesichert.

Warnung!

Betrifft Saarabstimmung.

Der Landesgruppenleiter für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk im Bund der Saarvereine erläßt folgende Warnung:

„In der Wohnung eines Transportleiters für die Saarabstimmungs-Sonderzüge erschien eine unbekannte, angeblich abstimmungsberechtigte Person, die, während der Transportleiter abwesend war, von dessen Ehefrau die Herausgabe aller Abstimmungsunterlagen verlangte unter Berufung auf den Ortsgruppenleiter, der die Herausgabe angeordnet habe. Als die Aushändigung verweigert wurde, erging sich die Person nach Vorzeigung eines Passes in allerlei Drohungen, daß der Transportleiter seine Stellung verlieren würde usw., um so die Frau des Transportleiters einzuschüchtern. Selbstverständlich wurde die Herausgabe des Materials verweigert.

Offenbar sind Kräfte am Werk, die Organe, die mit der Vorbereitung für die Saarabstimmungs-Sonderzüge aus dem Reich betraut sind, lahmzulegen. Es ist daher größte Vorsicht geboten.

Die in Frage kommenden Stellen des Bundes der Saarvereine dürfen keiner fremden Person irgendwelches Material bezüglich der Saarabstimmung aushändigen. Auch alle abstimmungsberechtigten Personen werden ersucht, ihre Unterlagen (insbesondere den Abstimmungsausweis, der ihnen in diesen Tagen zugesandt wird) nicht aus der Hand zu geben.

Saar-Gedenkmünze zum 13. Januar 1935

Aus Anlaß der bevorstehenden Abstimmung im Saargebiet hat die Bayer. Staatsmünze im Einvernehmen mit dem Saar-Bevollmächtigten des Reichskanzlers nach Entwürfen des großen saarländischen Bildhauers Fritz Koelle, St. Ingbert-München, eine hochkünstlerisch ausgeführte Saar-Gedenkprägung aufgelegt, die in den nächsten Tagen mit besonderer Genehmigung durch den Reichs- und Preußischen Minister des Innern zugunsten des Saar-Hilfswerkes dem öffentlichen Verkaufe übergeben wird.

Die Vorderseite dieser historischen Sonderprägung zeigt einen typischen deutschen Saar-Bergarbeiter, — — gestaltet nach dem bekannten, ebenfalls von Koelle geschaffenen Standbild „Saarbergmann" vor der Nationalgalerie, Berlin, — und trägt die Umschrift „Deutsch die Saar immerdar."

In Linie und Form sowohl plastisch wie künstlerisch ganz hervorragend gelöst, sehen wir den Saarkumpel in dem kleinen Rund der Prägung lebenswahr dargestellt; so wie ihn der Künstler im Bereiche der Kohle und des Eisens erlebt. Lässig-ruhig, aber mit verhaltener Kraft und Spannung steht er da, gleichsam das ganze deutsche Saarvolk verkörpernd. Ausdruck und Haltung verraten deutlich sein inneres Sehnen; er will zurück zum Reiche, zum angestammten Volke, Freud und Leid in Einigkeit wieder mit ihm teilen.

So wird dem Saarbergmann, diesem trotzig-stillen Dulder und tapferen Kämpfer für Heimat und Vaterland in dieser Prägung ein bleibendes Mal gesetzt, das zugleich ein Sinnbild der Arbeit bedeutet.

Die Rückseite dieser Sonderprägung bringt in dezentem Relief eine kartographische Darstellung unseres Saargebietes, in der die wichtigsten Städte angedeutet und der Lauf des Saarflusses eingezeichnet ist; um die Abgrenzung dieses Teiles der urdeutschen Westmark auch in dieser Form allen deutschen Volksgenossen gegenwärtig zu machen. Die Beschriftung der Kehrseite gilt der Volksabstimmung.

Die Prägung kommt in alter Fünfmarkstückgröße, in Feinsilber und in Bronce zur Ausgabe und zum Preise von 6,— RM. bzw. 3,— RM. durch Banken, Bankgeschäfte und Sparkassen zum Verkauf; sie kann auch unmittelbar bei der Geschäftsstelle des Saar-Hilfswerkes, Berlin W. 9, Voß-Straße 13, oder von der offiziellen Auslieferungsstelle, dem Bankhause Joh. Witzig & Co., München 2 M. bezogen werden.

Der Reinertrag dieser Ausgabe wird ungeschmälert für die Aufgaben des Saar-Hilfswerkes vor und nach der Abstimmung verwendet. Möge deshalb jeder Deutsche dieses charakteristische Gedenkstück saarländischer Kunst erwerben; er hilft damit unseren Brüdern an der Saar.

Merkblatt für die Saarabstimmungsberechtigten im Reiche

Gedenke Deiner heiligen, nationalen Vaterlandspflicht, der Pflicht der Treue und der Pflicht zur Heimat durch die rechtzeitige und richtige Abgabe Deiner Stimme.

Reisepaß.

Bist Du im Besitze eines ordnungsmäßigen Reisepasses? Lasse ihn evtl. durch Deinen Obmann überprüfen.

Der rote Personalausweis, der im Saargebiet ausgestellt wurde, ist für die im Reiche wohnhaften Saarabstimmungsberechtigten nicht gültig. Jeder muß einen ordnungsmäßigen deutschen Reisepaß haben.

Denke daran, daß Du die Reise nur im Besitze Deines Reisepasses antreten darfst.

Abstimmungsausweis.

Außerdem mußt Du im Besitze des Abstimmungsausweises sein, welcher Dir von Deiner saarländischen Anschrift (Beratungsstelle der Deutschen Front, Bürgermeisteramt oder Verwandte) zugeht. Kümmere Dich darum, vermeide aber überflüssige Anfragen. Bist Du beim Antritt der Reise noch nicht im Besitze des Abstimmungsausweises, so unterrichte sofort die im Saargebiet angegebene Anschrift und teile mit, daß Du den Abstimmungsausweis persönlich abholen wirst.

Verwahre Paß und Abstimmungsausweis sehr gut und vergiß nicht, sie mit ins Wahllokal zu nehmen. **Ohne den Besitz dieser Ausweise ist Ausübung des Wahlrechts nicht möglich.**

Fahrausweis.

Du erhältst weiter einen Fahrausweis für die Hin- und Rückfahrt, also nicht wie üblich eine Eisenbahnfahrkarte. Sorgfältige Behandlung und Aufbewahrung ist dringend geboten.

Sonderzug-Abfahrtzeit.

Merke Dir genau die Nummer Deines Sonderzuges und den Dir zugewiesenen Platz.

Präge Dir genau die Abfahrtzeiten ein und finde Dich rechtzeitig auf den vorgeschriebenen Abfahrtsbahnhöfen ein.

Hast Du für die Rückfahrt besondere Wünsche wegen Fahrtunterbrechung oder Umlegung des Reiseweges, so darfst Du im Rahmen des Möglichen auf Entgegenkommen rechnen.

Devisenbestimmungen.

Beachte genau die Devisenbestimmungen und nimm nicht mehr Geld mit, als gestattet ist.

Bezüglich Geldversorgung wird darauf hingewiesen, daß alle Abstimmungsberechtigten in erster Linie vor Abfahrt für Einwechselung der ihnen zustehenden 25 RM in französischer Währung zu sorgen haben, wobei als Anhalt dienen möge, daß für eine Mark durchschnittlich 6 Fr. gerechnet werden können.

Die Devisenbanken und Wechselstuben werden ermächtigt, den Abstimmungsberechtigten deutsches Geld bis zum Betrage von 25 RM in französische Franken umzuwechseln. Der Abstimmungsberechtigte muß zu diesem Zweck der Bank 1. seinen Reisepaß, 2. die Mitteilung, daß er in die vorläufigen Listen eingetragen ist, oder den Abstimmungsausweis vorlegen.

Nur wer vor Abfahrt nicht in der Lage ist, sein deutsches Geld in französische Währung umzuwechseln, hat kurz vor der Abfahrt und während der Fahrt der Sonderzüge Gelegenheit, dieses nachzuholen. Die deutsche Verkehrs-Kreditbank hat es übernommen, vor Abfahrt der Züge, während der Fahrt und während der Verpflegungsaufenthalte durch ihre Beamten den Geldwechsel vornehmen zu lassen. Da im Saargebiet der französische Franken gesetzliche Währung ist, dürfte es vorteilhaft sein, wenn alle Abstimmungsberechtigten von dieser Gelegenheit Gebrauch machen würden.

Näheres über neueste Bestimmungen siehe Seite 44.

Zollbestimmungen.

Trage zur Erleichterung und Beschleunigung der Grenzabfertigung bei und beachte die am Schlusse dieses Merkblattes abgedruckten Zollbestimmungen. Gib dem Zollbeamten kurz und erschöpfend Auskunft und steige vor Beendigung der Zollnachschau nicht aus. Leiste unbedingt den Anordnungen der Zoll- und Polizeibeamten Folge.

Kleidung und Abzeichen.

Vergiß nicht, daß im Saargebiet von der Saarregierungskommission besondere Verordnungen über das Uniformtragen erlassen sind, die unter allen Umständen beachtet werden müssen.

Einreise nur in Zivilkleidern und denke daran, daß Uniformen, Uniformteile und Abzeichen jeglicher Art, besonders die der politischen Organisationen und die sog. Saar-Abstimmungsabzeichen streng verboten sind. Vermeide auch sonst in Deinem Anzug alles, was falsch ausgelegt werden könnte.

Verhalten.

Verhalte Dich während der Eisenbahnfahrt so, wie Du es von Deinen Mitreisenden selbst wünschst.

Befolge die Anordnungen des Transportleiters und des Zugpersonals, besonders beim Einnehmen der Plätze, während der ganzen Fahrt, beim Aufenthalt auf Stationen, bei der Ankunft usw.

Verpflegung.

Vergiß nicht Deine Reiseverpflegung mitzubringen und merke Dir, daß nur für längere Fahrten, und zwar für die Sonderzüge von Berlin, Breslau, Halle, Dresden, Hannover, Altona, Münster i. W., Nürnberg und München Verpflegungsstationen vorgesehen sind.

Reisegepäck.

Nimm nur das allernotwendigste Reisegepäck mit und behalte es während der Fahrt immer bei Dir.

Befleißige Dich während der ganzen Aufenthaltszeit im Saargebiet in der Oeffentlichkeit sowohl Deinen Landsleuten und Quartiergebern gegenüber als auch gegenüber politischen Gegnern eines einwandfreien Auftretens und beachte ganz besonders die Anweisungen über das Verhalten bei dem Wahlakte selbst, die in einem besonderen Merkblatt bekanntgegeben werden.

Denke immer daran, daß es sich nicht um eine Vergnügungsfahrt handelt, sondern um eine ernste vaterländische Aufgabe, deren Erfüllung für Dich eine ganz besondere Ehre ist.

Unsere Schwestern und Brüder an der Saar haben 15 Jahre äußerste Disziplin, Ruhe und Ordnung gehalten, unterstütze diese vorbildliche Haltung durch gleiches nationales Pflichtgefühl, das da heißt: Stimme und verhalte Dich richtig!

Nur mit Deiner Stimme und durch Deine korrekte Haltung wird der 13. Januar ein überragender deutscher Sieg. Richte Dich danach.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Th. Vogel.

Auszug aus den Sonderbestimmungen für die Zollabfertigung.

Reichsbanknoten dürfen überhaupt nicht ausgeführt werden. Nachschau beim Grenzzollamt. Zuwiderhandelnde machen sich unter Umständen strafbar und setzen sich der Gefahr aus, wegen der amtlichen Untersuchung mit dem gleichen Zuge nicht weiterfahren zu können.

Den Abstimmungsberechtigten wird dringend empfohlen, auf der Fahrt Trinkgefäße mitzunehmen.

Auf die Verzollung zollpflichtiger, aus dem Saargebiet mitgebrachter Gegenstände kann nicht verzichtet werden. Zollpflichtig sind alle Gegenstände, die nicht dem persönlichen Gebrauch und als Mundvorrat auf der Reise dienen.

Als Gegenstände, die dem persönlichen Gebrauch des Teilnehmers auf der Reise dienen, sind insbesondere zollfrei:

a) Lebens- und Genußmittel zum Verbrauch auf der Fahrt.
Für Rauchwaren sind folgende Höchstmengen festgesetzt:
1. Feinschnitt-, Pfeifen-, Strang- und Schnupftabak in Mengen bis zu 50 Gramm,
2. unverpackt oder in angebrochenen Packungen eingehende Zigarren bis 10 Stück,
3. desgl. Zigaretten bis 25 Stück,
4. desgl. Kautabak bis 3 Stück.
(Die unter 1—4 aufgeführten Rauchwaren dürfen nicht nebeneinander eingebracht werden.)

b) Reisegeräte wie Kleider, Wäsche, photographische Apparate mit Zubehör.

Einfuhrverbot und Beschränkungen bestehen u. a. für Waffen und Munition, Sprengstoffe, Rauschgifte, kommunistische oder sonstige Zersetzungsschriften, für Wurst und Fleisch, soweit diese Lebensmittel über den Reisebedarf hinausgehen. Vor der Einfahrt in den Zollbahnhof Gepäckstücke zur Einsichtnahme durch die Zollbeamten bereitzuhalten.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für Abstimmungsberechtigte, die auf dem Landwege das Reichsgebiet verlassen und wieder betreten.

Was jeder Saarabstimmungsberechtigte von der Abstimmungshandlung selbst wissen muß

Das Abstimmungsrecht ist von jedem Abstimmungsberechtigten am 13. Januar 1935 in der Zeit von 8½ bis 20 Uhr in dem Wahllokal auszuüben, welches in seinem Abstimmungsausweis angegeben ist.

Der Abstimmungsausweis gibt dem Inhaber das Recht, das Lokal seines Wahlabschnittes zu betreten. Der Zutritt zum Lokal wird jedem untersagt, der nicht mit diesem Abstimmungsausweis versehen ist, ausgenommen, wenn dienstliche Gründe vorliegen.

Beim Betreten des Wahllokals ist jeder Gruß zu unterlassen, aus welchem ein Schluß auf die Wahl gezogen werden kann, die der Abstimmungsberechtigte treffen wird (z. B. der deutsche Gruß „Heil Hitler"). Jeder Zuwiderhandelnde wird nicht mehr zur Abstimmung zugelassen. Am besten wird das Lokal ohne Gruß betreten.

Der Vorsitzende des Wahllokals muß darüber wachen, daß im Innern des Abstimmungslokals und insbesondere in der Isolierzelle keine Plakate, Symbole oder Inschriften vorhanden sind, die die Abstimmung beeinflussen könnten. Wer versucht, mit diesen Mitteln die Astimmung zu beeinflussen, wird sofort auf Befehl des Vorsitzenden verhaftet.

Um zur Abstimmung zugelassen zu werden, muß der Abstimmungsberechtigte seinen Abstimmungsausweis sowie den Reisepaß (der Staatenlose einen Paßersatz) vorlegen.

Die Stimme muß auf dem vom Büro dem Abstimmungsberechtigten ausgehändigten Stimmzettel abgegeben werden. Der Stimmzettel ist in drei Felder geteilt, von denen jedes die Angabe einer der drei Abstimmungsmöglichkeiten enthält, nämlich:

Beibehaltung des jetzigen Zustandes,
Vereinigung mit Frankreich,
Vereinigung mit Deutschland.

Der Vorsitzende ruft den Namen des Abstimmungsberechtigten und die Nummer, die ihm auf dem Auszug aus der Liste zugeteilt wurde, auf. Er übergibt dem Abstimmungsberechtigten einen Umschlag und einen Stimmzettel.

Falls der Umschlag oder der Stimmzettel unbrauchbar oder beschädigt sind, verlangt der Abstimmungsberechtigte einen anderen. Die Aushändigung des zweiten Umschlages oder des zweiten Stimmzettels wird im Protokoll vermerkt, und die nicht benutzten Stücke werden vom Vorsitzenden vernichtet.

Der Abstimmungsberechtigte begibt sich dann in eine der Isolierzellen und schreibt mit einem schwarzen Bleistift, der sich in der Isolierzelle befindet, auf dem Stimmzettel ein Kreuz (×) in das seiner Wahl entsprechende Feld.

In der Isolierzelle muß der Abstimmungsberechtigte den Stimmzettel ungefaltet in den Umschlag stecken, den er dann selber schließen muß.

Nachdem er aus der Isolierzelle getreten ist, übergibt der Abstimmungsberechtigte den geschlossenen Umschlag dem Vorsitzenden, der ihn in die Urne legt.

Der Abstimmungsausweis wird mittels eines Stempels ungültig gemacht und verbleibt als Anlage zum Protokoll im Abstimmungslokal. Den Paß erhält der Abstimmungsberechtigte zurück. Er muß sofort das Abstimmungslokal verlassen.

Beim Verlassen des Abstimmungslokals ist wiederum jeder Gruß zu unterlassen, welcher einen Schluß auf die Wahl zuläßt, welche der Abstimmungsberechtigte getroffen hat (z. B. der deutsche Gruß „Heil Hitler").

Strafbestimmungen

Mit Geldstrafe oder Haft oder Gefängnis wird bestraft:

a) Wer im Abstimmungslokal auf irgendeine Weise die Wahl, die er treffen wird oder die er bereits getroffen hat, bekanntgibt.
Der Zuwiderhandelnde wird nicht mehr zur Wahl zugelassen, falls er noch nicht gestimmt hat. (Artikel 47.)
Hierzu wird noch bemerkt, daß der deutsche Gruß „Heil Hitler" in den Abstimmungslokalen unter keinen Umständen angewendet werden darf, da er nach einer Entscheidung des Abstimmungsgerichts als Willensäußerung für Deutschland angesehen wird.

b) Wer den Umschlag oder den Stimmzettel nicht zurückgibt. Er kann sofort verhaftet werden. (Artikel 48.)

c) Wer den Vorsitzenden eines Abstimmungsbüros daran hindert, den Abstimmungsberechtigten zum Eintritt in die Isolierzelle zwecks Abgabe der Stimme zu veranlassen. (Artikel 49.)

d) Wer Akten, Urkunden, Ausweise oder Eintragungen jeder Art, die die Abstimmung betreffen, widerrechtlich fälscht, ändert, zerstört oder herstellt oder von einem so gefälschten Schriftstück Gebrauch macht. (Artikel 59.)

e) Wer durch Gewalt, Drohung, Betrug, Bestechung, Verbreitung falscher Nachrichten, Ausstoßen aufrührerischer Rufe, Aussprechen beleidigender Worte oder sonstwie Organe oder Personen, die durch die Wahlordnung eingesetzt sind, an der ordnungsmäßigen Ausübung ihres Amtes hindert (Art. 60, Abs. 1) oder durch die erwähnten Mittel die Wahlhandlung oder die freie Ausübung des Stimmrechtes verhindert oder erschwert oder eine Person zu bestimmen sucht, zu offenbaren, in welchem Sinne entweder sie selbst oder ein Dritter gestimmt hat oder zu stimmen gedenkt.

f) Wer die Stimmabgabe einer anderen Person zu beeinflussen versucht oder sie hindert, ihr Wahlrecht auszuüben oder diese Ausübung erschwert. (Artikel 61.)

g) Wer mehrmals abstimmt entweder in derselben Ortschaft oder in verschiedenen Ortschaften oder wer an Stelle einer anderen Person abstimmt oder wer unberechtigt abstimmt. (Artikel 62.)

h) Auch Anstifter, Mittäter der bisher bezeichneten Handlungen oder Unterlassungen sind strafbar. (Artikel 63.)

i) Wer die Übernahme eines Amtes im Wahlbüro ohne Grund ablehnt oder wer sich als Mitglied des Wahlbüros ohne Grund entfernt, bevor die Wahlhandlungen beendet sind. (Artikel 65.)

k) Wer ein Wahllokal betritt, ohne ein Recht hierzu zu haben oder wer das Wahllokal bewaffnet betritt oder wer im Wahllokal durch offenkundige Beifalls- oder Mißbilligungszeichen oder sonstwie Ausschreitungen verursacht oder wer den Ordnungsrufen des Vorsitzenden des Wahlbüros nicht Folge leistet. (Artikel 66—68.)

l) Für alle Zuwiderhandlungen gegen die Wahlordnung ist Untersuchungshaft zulässig. Ebenso kann die öffentliche Sicherheitsbehörde Schutzhaft verhängen. (Artikel 72.)

Richtlinien für den Kraftfahrzeug-Grenzverkehr ins Saargebiet während der Abstimmung

Der Deutsche Automobil-Club (DDAC.) stellt jedem Abstimmungsberechtigten, der mit seinem eigenen Kraftfahrzeug zur Abstimmung nach dem Saargebiet reisen will, das Triptyk gebührenfrei aus. Die gesamten Unkosten sowie Rückversicherungsgebühren werden vom DDAC. gemeinsam mit der „Agrippina" als Rückversicherungsgesellschaft übernommen.

Nachstehende Richtlinien sind besonders zu beachten:

Die Triptyks gelten nur für die Reise zur Abstimmung ins Saargebiet, keinesfalls aber für eine Einreise nach Frankreich.

Abstimmungsberechtigte haben bis zum 10. Januar 1935 Triptyks bei der Hauptgeschäftsstelle des DDAC. Abteilung Grenzverkehr, München, Königinstraße 11a sowie bei den zahlreichen Gaugeschäftsstellen und Triptykausgabestellen des DDAC. im Reich zu beantragen. Die Beantragung muß auf einem vom DDAC. vorgeschriebenen Formular erfolgen. Außerdem muß der Nachweis erbracht werden, daß der Antragsteller abstimmungsberechtigt ist. In Ausnahmefällen, wo eine rechtzeitige Beantragung nicht erfolgen konnte, besteht die Möglichkeit, die Triptyks an den deutschen Grenzzollämtern durch Beamte des DDAC. ausgestellt zu erhalten. Der DDAC. wird vom 11. bis 14. Januar 1935 bei nachstehend bezeichneten deutschen Grenzzollämtern, die an der Grenze nach dem Saargebiet liegen, durch Beauftragte vertreten sein: Bruchhof, Kaplaneihof, Selbach, Waldmohr, Weiten, Michelbach, Hirstein. Der Kraftfahrer, der sich das Triptik erst an der Grenze ausstellen läßt, muß mit einigem Aufenthalt rechnen.

Die Triptyks sind mit dem 20. Januar 1935 befristet. Daher müssen die Fahrzeuge bis zu diesem Zeitpunkt nach Deutschland zurückbefördert sein. Die Triptyks sind von französischen Grenzzollbeamten an der saarländischen Grenze endgültig zu löschen und schnellstens dem DDAC. zurückzusenden. Diejenigen Abstimmungsberechtigten, die am 13. oder 14. Januar 1935 zurückkehren, haben die Triptyks endgültig gelöscht dem Beamten der DDAC. am deutschen Grenzzollamt abzuliefern. Für Lastautos, Lieferautos, Omnibusse, Taxameter oder sonstige Geschäftsfahrzeuge können französische Triptyks nach dem Saargebiet grundsätzlich nicht ausgestellt werden.

Mitglieder des DDAC., die bereits im Besitz eines gültigen französischen Triptyks oder Carnet de Passages sind, können diese Papiere für die Einreise nach dem Saargebiet benutzen.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat genehmigt, daß die abstimmungsberechtigten Kraftfahrer den sonst vorgeschriebenen internationalen Führer- und internationalen Zulassungsschein nicht benötigen. Selbstverständlich muß jeder Kraftfahrer den deutschen Führerschein und den deutschen Zulassungsschein (Kraftfahrzeugschein) für das benutzte Kraftfahrzeug bei sich führen. In jedem Falle muß an der Rückseite des Fahrzeuges vorschriftsgemäß das deutsche Nationalitätenabzeichen „D" geführt werden. Das Nationalitätenabzeichen „D" und das polizeiliche Kennzeichen müssen bei eintretender Dunkelheit beleuchtet sein. Die von der Regierungskommission genehmigte Erleichterung gilt nur für die Abstimmungsberechtigten für die Fahrt innerhalb des Saargebiets. Auf französischem Gebiet müssen internationaler Führer- und internationaler Zulassungsschein vorhanden sein.

Nachstehend eine Uebersicht über die nach dem Saargebiet führenden sieben Hauptstraßen:

Strecke 1: Kaiserslautern — Saarbrücken:
Uebergang: Bruchhof/Homburg (114),

„ 2: Karlsruhe — Zweibrücken — Homburg:
Uebergang: Kaplaneihof/Einöd (115),

„ 3: Bingen — Oberstein — Saarbrücken:
Uebergang: Selbach/Tholey (120),

„ 4: Bingen — Homburg — Saarbrücken:
Uebergang: Waldmohr/Jägersburg (120a),

„ 5: Trier — Saarburg — Saarbrücken:
Uebergang: Weiten/Keuchingen (129),

„ 6: Trier — Zerf — Saarbrücken:
Uebergang: Michelbach/Bettingen (484),

„ 7: Kreuznach — Türkismühle — Hirstein — St. Wendel:
Uebergang: Hirstein/St. Wendel.

Die in Klammern eingesetzten Zahlen entsprechen den Nummern der Streckenkarten, die der DDAC. den Abstimmungsberechtigten auf Wunsch kostenlos überläßt.

Wegen der sonstigen Formalien, wie Reisepaß, Unterkunft, Mitnahme von deutschen Geldmitteln, Verbot der Mitnahme von Uniformen und Abzeichen wird auf das Merkblatt verwiesen.

Die wichtigsten Geschäftsstellen des DDAC. an der Westgrenze des Reiches sind:

Kaiserslautern, Theaterstr. 27 (Bezirksgeschäftsstelle des Gaues 15 des DDAC.) Fernsprecher 1553;

Trier, Johannisstr. 6 (Bezirksgeschäftsstelle des Gaues 15 des DDAC.) Fernsprecher 2500;

Freiburg-Breisgau, Kaiserstr. 141 (Geschäftsstelle des Gaues 14 des DDAC.) Fernsprecher 5151;

Stuttgart, Blücherstr. 7 (Geschäftsstelle des Gaues 13 des DDAC.) Fernsprecher 23 647/23 976;

Frankfurt/Main, Goetheplatz 5 (Geschäftsstelle des Gaues 3 des DDAC.) Fernsprecher 24 516;

Koblenz, Emil-Schüllerstraße 18 (Geschäftsstelle des Gaues 15 des DDAC.) Fernsprecher 2384;

Köln, Deutscher Ring 17 (Geschäftsstelle des Gaues 4 des DDAC.) Fernsprecher 75 118, 72 275;

Dortmund, Kaiserstraße 63 (DDAC.-Haus, Geschäftsstelle des Gaues 5 des DDAC.) Fernsprecher 28 302.

Außerdem hat der DDAC. eine Gaugeschäftsstelle in Saarbrücken, Königin-Luisen-Straße 23, die den Abstimmungsberechtigten in automobilistischen Fragen mit Rat und Tat zur Verfügung steht. (Fernsprecher Saarbrücken 20 738/39.)

Neue Bestimmungen für die Einreise in das Saargebiet!

Abstimmungsberechtigte bedürfen keiner Einreisegenehmigung

Amtlich wird bekanntgegeben:

Nach der Verordnung der Regierungskommission vom 29. November 1934 gilt für die Einreise in das Saargebiet für die Zeit vom 27. Dezember 1934 bis zum 26. Januar 1935 einschließlich folgendes:

A. Die Personen, die in der oben angegebenen Zeit in das Saargebiet einreisen, müssen im Besitz

1. eines ordnungsmäßigen Reisepasses,

2. einer besonderen Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet sein.

Der Antrag auf Einreisegenehmigung ist unter Uebersendung des Reisepasses an die Regierungskommission, Abteilung des Innern, in Saarbrücken zu richten. Bei Stellung des Antrages erfolgt zweckdienliche Beratung durch die Vertrauensleute und Ortsgruppen des Saarvereins.

Die Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde des Saargebiets vorzulegen. Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraums.

Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet schon jetzt erteilt ist, müssen diese Genehmigung vor dem 27. Dezember erneuern. Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- oder Ausreise in das Saargebiet.

Mit Geldstrafe bis zu 750 Franken oder mit entsprechender Haft wird bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franken, die Gebühr für die erneuerte Genehmigung 2 Franken. Die Gebühr kann in begründeten Fällen, insbesondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise besteht, erlassen werden.

B. Einer Einreisegenehmigung bedürfen dagegen nicht:

berechtigte Personen. Für sie genügt der von der Abstimmungskommission ausgestellte Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Reisepaß;

b) Personen, die im Besitz eines saarländischen Reisepasses oder eines saarländischen Personalausweises sind;

c) Personen, die die auf Grund der Verordnung der Regierungskommission vom 27. Januar 1932 betreffend die Arbeitszentralstelle für das Saargebiet ausgestellten Legitimationskarten sowie die Grenzausweise gemäß Protokoll über die Gebrauchsrechte an der saarländisch-französischen Grenze vom 13. November 1926 besitzen.

Achtung! Stimmausweise

Eine Mitteilung der Abstimmungskommission

Saarbrücken, 29. Dezember.

Die Abstimmungskommission teilt mit:

Die Abstimmungsausweise sind dieser Tage an die Abstimmungsberechtigten versandt worden. Es ist aber anzunehmen, daß einige Abstimmungsberechtigte ihre Ausweise wegen Abwesenheit oder unvollständiger Anschrift nicht erhalten haben. Diese Stimmberechtigten sowohl als auch diejenigen, welche fehlerhafte Ausweise empfangen haben sollten, müssen sich an den Gemeindeausschuß des Bezirks wenden, wo sie stimmberechtigt sind. Behörden, politische Parteien und Einzelpersonen, deren Anschrift auswärtigen stimmberechtigten Personen als „Anschrift im Saargebiet" diente, werden gebeten, die Ausweise baldmöglichst an die Berechtigten weiterzuleiten.

Die Verordnung vom 13. 12. 1934 betreffend Abänderung der Abstimmungsverordnung vom 7. 7. 1934 Artikel 32 bestimmt folgendes:

„Wer mehr als einen auf seinen Namen lautenden Abstimmungsausweis erhalten sollte, muß die überzähligen Ausweise dem nächsten Gemeindeausschuß oder dem nächsten Kreisbüro spätestens am dritten Tag, nachdem er sie erhalten hat, zurücksenden. Wer einen Abstimmungsausweis erhalten sollte, der ihn mit einem Familiennamen bezeichnet, den er nicht mehr trägt, ist gehalten, diesen Ausweis in gleicher Weise wie im vorhergehenden Absatz angegeben, zurückzusenden."

Diejenigen Personen, welche es unterlassen, in den oben erwähnten Fällen den Abstimmungsausweis zurückzuschicken, können kraft Artikel 70 der Abstimmungsverordnung vom 7. 7. 1934 bestraft werden.

Kleine Tages-Chronik

3 Tage vor der Abstimmung 100 Jahre alt.

Hugo Göbel, Bremen, das älteste Mitglied des Bundes der Saarvereine.

Als im Frühjahr 1934 in Bremen unter Mitwirkung des Leiters der Geschäftsstelle „Saarverein", Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, eine Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine ins Leben gerufen wurde, meldete sich als einer der ersten unser lieber Herr Göbel. Daß aber dieser geistig und körperlich noch ungemein bewegliche alte Herr bereits im hundertsten Lebensjahre stand, ahnte wohl keiner von denen, die ihn zum ersten Male sahen und kennen lernten. Und seitdem war unser „Vater Göbel" ein gewissenhafter Besucher aller Veranstaltungen der Ortsgruppe Bremen, an dem sich viele, leider nur allzuviele andere Saarländer ein gutes Beispiel hätten nehmen können.

Herr Göbel ist am 10. Januar 1835 in St. Wendel als Sohn des dortigen Richters, späteren Appellationsrates bzw. Geheimen Obertribunalrates Göbel in Berlin, geboren. Nur seine ersten Jugendjahre konnte er in St. Wendel verbringen, denn mit der Versetzung seines überall hochgeachteten Vaters kam er schon mit 7 Jahren nach Köln. In Köln besuchte er das Gymnasium und mit 17 Jahren kam er nach Verviers, wo er in der Wollbranche kaufmännisch lernte. Seine Militärjahre 1857/58 diente er noch unter dem alten Wrangel und 1859 machte er die Mobilmachung Preußens gegen Frankreich mit. Als Landwehrmann stand er 1866 gegen Oesterreich mit im Felde. Bei Kriegsausbruch 1870 kam er von England nach Deutschland zurück. In diesem Feldzug war er hauptsächlich an der Zernierung von Verdun betätigt, wobei ihn die Beherrschung der französischen Sprache nach mancher Seite besondere Verwendung finden ließ. Diese Kenntnis der Landessprache war es denn auch, die neben seinem freundlichen Wesen ein so einzigartiges wie seltenes Freundschaftsverhältnis zwischen seinen derzeitigen französischen Quartiersleuten und dem Feind entstehen ließ, daß nach Beendigung des Krieges diese, und später auch deren Kinder, mit Göbel in Briefwechsel blieben. Ja, bis zum Jahre 1913, also länger als 40 Jahre, schrieben diese schlichten französischen Bauersleute zu St. Nikolaus regelmäßig ihrem alten Freunde, Monsieur Hugo. Daß dieser selbst aber seine alten Quartierleute gleichermaßen in guter Erinnerung behalten hatte, zeigte er mit einem Besuche, den er ihnen 1898 in Haudaisville bei Verdun machte, bei dem es sofort ein gegenseitiges und freudiges Wiedererkennen gab.

Geschäftliche Beziehungen führten ihn nach Belgien, England und Frankreich, nach Schweiz, Oesterreich Spanien, Italien, usw., bis er sich dann in Bremen als erster Wollmakler niederließ. Er beherrscht noch heute fast sämtliche bekannteren Sprachen fließend und in ihm steckt noch jetzt eine starke Reisesehnsucht. Mit 70 und 75 Jahren machte er noch zwei Nordland- und zwei Mittelmeerfahrten, besuchte Jerusalem und Palästina. Auch seinen alten Freunden in Belgien stattete er noch 1928, also im Alter von 94 Jahren, seinen Besuch ab. Es war die vierte Generation, die er von diesen dort vorfand. Bis zu Beginn des Krieges, d. h. also bis zu einem Alter von 80 Jahren, besuchte Vater Göbel noch regelmäßig die Uebungsstunden eines Bremer Turnvereins, bis ein Bruchleiden ihn zwang, von diesen ihm liebgewordenen Uebungen abzustehen. Das hinderte ihn aber nicht, sich in anderer Weise körperlich wie auch geistig auf frischer Höhe zu erhalten. Er führt seine Korrespondenz noch selbst, ein solider Skat und eine Partie Billard waren ihm noch vor einigen Jahren eine tägliche Erholung.

Man könnte noch viel mehr, ja endlos von Göbel erzählen, ein Besuch bei ihm bleibt ein Erlebnis. Köstlich ist sein kerngesunder Humor, die Unterhaltung mit ihm kommt nie ins Stocken, denn er hat ja so viel in den hundert Jahren erlebt und kann ja so unendlich viel und Interessantes erzählen. Als ich mich anläßlich meines letzten Besuches von ihm verabschiedete, kam sein urwüchsiger Humor wieder so recht zum Durchbruch. Er meinte: „Wenn man bekannt werden will, dann braucht man bloß alt zu werden, bekannt wird man dann von selbst und wenn man das größte Kamel ist."

Leider darf unser Vater Göbel nicht mit abstimmen, denn der Versailler Schandvertrag erkennt ja die Geburt im Saargebiet nicht als maßgebend für die Abstimmungsberechtigung an. Gerade hier empfindet man die Ungerechtigkeit der Abstimmungs-Bestimmungen besonders hart, denn es gibt keinen echteren Saarländer, als unseren Vater Göbel. Um so fester ist er aber davon überzeugt, daß am 13. Januar, also fast an seinem hundertsten Geburtstage, die Freiheitsstunde für seine Heimat schlagen wird.

Als ich ihn fragte, was er sich im neuen Jahre wünschte, sagte er: „Zunächst soll das Saarland wieder deutsch werden und dann möchte ich im kommenden Jahre unter allen Umständen nach meiner Heimat fahren." Und was Vater Göbel sagt, das tut er.

Daß diese beiden Wünsche in Erfüllung gehen mögen und daß unser lieber Vater Göbel seinen hundertsten Geburtstag in voller Frische feiern möge, daß er aber darüber hinaus auch noch den Wiederaufstieg unseres deutschen Vaterlandes bis zu seiner völligen Durchführung erleben möge, das wünschen wir ihm.

Die Saarglocken singen das Deutschlandlied

(Siehe Nr. 22 des „Saar-Freund" vom 1. November 1934)

Zum erstenmal ertönt das Glockenspiel auf dem Saarbrücker Rathaus am 26. Oktober 1934

Das Glockenspiel auf dem Saarbrücker Rathausturm

Die Bevölkerung hält auch ohne Schutzmannsaufgebot eine vorbildliche Disziplin. In der vorderen Reihe stehen die Kinder, dahinter die Erwachsenen

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536, oder auf Deutsche Bank. Depositenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11.